



Vom Buch zum PDF

Die Zukunft der Bibliotheken ist digital

Kiel/Hamburg Bibliotheken sind aus der Welt der Wissenschaft nicht wegzudenken. Doch mit den Möglichkeiten des Internets und des Web 2.0 erleben sie derzeit einen rasanten Wandel. Vorbei sind nämlich die Zeiten, in denen Studierende und Forscher in gedruckten Wälzern blättern. Sie lesen, diskutieren und publizieren heute digital mittels Smartphone oder Tablet-PC. Wie sich die neue Technik auf die Zukunft der Bibliotheken auswirkt, erforscht in den kommenden dreieinhalb Jahren die Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften in Kiel. **forschung Seite 7**

tipp der redaktion

Offene Wissenschaft

Kopenhagen Forscher, Studierende und die Öffentlichkeit treffen sich im Juni 2014 zum nächsten Euroscience Open Forum (Esof) im dänischen Kopenhagen. Themen des alle zwei Jahre stattfindenden Treffens werden diesmal unter anderem Gesundheit und Gesellschaft sowie Nachhaltige Wirtschaft sein. Vortragsvorschläge können bis zum 9. Mai eingereicht werden.

→ Internet: <http://esof2014.org>

Dieses Mal mit:

International Higher Education

Vierteljahresschrift des Boston College for International Education

themen

agenda

Verliehen: Ein Siegel für Personalmanagement soll Forscher nach Europa locken. **Seite 4**

hochschule

Verzögert: Jo Ritzen macht sich unverdrossen für exzellente Europa-Unis stark. **Seite 6**

kontakte

Vernetzt: Im März treffen sich Wissenschaftsmanager aus ganz Europa in Edinburgh. **Seite 8**

ticker

Vergeben: Die EU-Kommission fördert zwei Flaggschiff-Projekte mit Milliarden. **Seite 12**

brennpunkt

Verbunden: Die Deutsch-Französische Hochschule braucht mehr Geld. **Seite 30**



Haarausfall ist meist so wenig geplant wie erfreulich. Dabei wirken Männer mit Glatze dominanter, hat eine britische Studie des Management-Professors Albert Mannes herausgefunden. Der kahle Kopf impliziert zudem Führungsstärke.

Foto: fotolia

→ Internet <http://spp.sagepub.com/content/early/2012/07/12/1948550612449490>

4. bis 8. März

Europäische Wissenschaftler arbeiten global zusammen

Brüssel Das EU-Förderprogramm Horizont 2020 steht im Fokus der EU-Wissenschaftskonferenz ES:GC2 vom 4. bis 8. März in Brüssel. Auf Einladung des EU-Parlaments diskutieren Bildungspolitiker, Wissenschaftler und Industrievertreter aus rund 100 Ländern über europäische Forschungsk Kooperationen. Eine Anmeldung bis eine Woche vor Konferenzbeginn ist möglich.

→ Internet: www.globalsciencecollaboration.org

6. / 7. März

Workshop: Führen im Veränderungsprozess

Köln Modelle der Führungskomunikation und des Changemanagements sind Themen am 6. und 7. März im Maternushaus in Köln. Das Centrum für Hochschulentwicklung lädt speziell Führungskräfte in Hochschulen zu dem Workshop ein. Die Teilnehmerzahl ist auf 15 begrenzt. Ende Januar waren noch zehn Plätze frei.

→ Internet: www.hochschulkurs.de/cms/?getObject=325&getLang=de&strAction=programm&PK_Veranstaltungen=401

19. bis 21. April

Chance oder Gefahr: Englisch in der Hochschulbildung

Kopenhagen Die englische Sprache ist in Europa nicht mehr wegzudenken. Ob Englisch in der Hochschulbildung Chance oder Gefahr ist, erörtern Experten auf einer Konferenz vom 19. bis 21. April in der Universität Kopenhagen. Anmeldeschluss ist der 18. März.

→ Internet: www.unedicde2013.org/**Gesund durchs Arbeitsleben****Wissenschaftler haben ein Modell zur Analyse von Belastungsfaktoren im Beruf entwickelt**

Heidelberg Stress hat viele Ursachen: Sie reichen von häufigen Arbeitsunterbrechungen wie Telefonanrufen bis hin zum Aufgabenumfang. Ist die Belastung dauerhaft zu hoch, steigen Fehlzeiten an. Beschäftigte werden krank, wechseln den Arbeitsplatz. Ein Forscherteam um den Heidelberger Arbeits- und Organisationspsychologen Prof. Dr. Karlheinz Sonntag hat vergangenes Jahr ein Verfahren entwickelt, mit dem sich Stressfaktoren am Arbeitsplatz aufspüren lassen.

In den bisher üblichen Verfahren schätzen Beschäftigte und Führungskräfte ihre Belastung am Arbeitsplatz selbst ein. Über diese subjektive Betrachtung geht das von Sonntag entwickelte Instrument zur Analyse psychischer Belastungen (IAPB) deutlich hinaus. Berücksichtigt

werden dabei sowohl aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zur Erfassung psychischer Belastungen, als auch praxisbezogene Erfordernisse und die konkrete Situation in der jeweiligen Organisation. Die Forscher tragen in ihrem Modell also der Annahme Rechnung, dass nicht nur eine Belastungsdimension, sondern Kombinationen aus mehreren Faktoren zu Stress, Erschöpfung und anderen Krankheits-symptomen führen.

Zahlreiche Unternehmen in der Industrie, aber auch in der Touristik wenden das Verfahren bereits an. „Es eignet sich grundsätzlich auch für Nonprofit-Organisationen wie beispielsweise den Hochschulbereich“, sagt Sonntag. tb

→ Kontakt: karlheinz.sonntag@psychologie.uni-heidelberg.de**Jahrestagung****Europäischer Hochschulverband macht seine Universitäten fit fürs internationale Parkett**

Brüssel/Gent Der internationale Wettbewerb unter Universitäten wächst stetig. Davon betroffen sind nicht mehr nur die Elite-Einrichtungen, sondern alle Hochschulen. Deshalb ist das weltweite Engagement europäischer Hochschulen Thema der Jahrestagung des Europäischen Hochschulverbandes EUA (European University Association). Die Konferenz findet am 11. und 12. April in der Universität Gent in Belgien statt. Die Veranstaltung richtet sich an Führungsspitzen wie Rektoren, Vizerektoren und Leiter der Verwaltung, an Forscher und Analysten von Hochschulbildung sowie Vertreter anderer Einrichtungen in der Bildungspolitik.

Diskutiert werden soll, wie sich europäische Universitäten in der internationalen Hochschullandschaft entwickeln können und müssen, um sich der weltweiten Konkurrenz zu stellen. Es gilt Strategien zu erarbeiten, wie Forschung

und Lehre internationalisiert, wie Kooperationen ausgebaut und europäische Hochschulen



Foto: UGent/Hilde Christiaen

In der Universität Gent trifft sich der Europäische Hochschulverband zur Jahrestagung.

attraktiver für internationale Wissenschaftler werden können.

Zudem steht die Wahl von drei neuen Mitgliedern in den EUA-Vorstand auf dem Programm des ersten Konferenztages. Anmeldungen zur Tagung sind bis 28. März möglich. tb

→ Internet: www.eua.be/Ghent.aspx



Der Betriebswirt und Pädagoge Armin Poggendorf ist Leiter des Instituts für Angewandte Teamdynamik in Künzell bei Fulda.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

Teamarbeit

„Optimale Teams entfalten Potenziale des Einzelnen und wachsen mit ihren Mitgliedern“

Ohne ein effektives Team haben Führungskräfte an Hochschulen keinen Erfolg. Der Betriebswirt und Pädagoge Prof. Dr. Armin Poggendorf hat eine Methode entwickelt, um Teammitglieder zu trainieren.

duz Was bringen Sie den Leuten bei, um besser im Team zu arbeiten?

Poggendorf Viele Menschen sitzen heutzutage allein vor dem Computer, es fehlt der Austausch von Angesicht zu Angesicht. Doch letztlich wird jede Einzelleistung in einem Team zur Gesamtleistung zusammengeführt. Spätestens dann sind kommunikative und soziale Kompetenzen face to face gefragt. Beispielsweise, dass man sich ausdrücken kann, keine Hemmungen hat, dies vor anderen zu tun, und dass man angstfrei sagen kann, was einem auf dem Herzen liegt. Mit der Methode der Angewandten Teamdynamik werden Empathie und Selbstbewusstsein der Teammitglieder trainiert.

duz Wie funktioniert das?

Poggendorf Indem man jedes Teammitglied zunächst darin fördert, seine Potenziale zu reflektieren. Damit ist die Basis geschaffen, auf der jeder Einzelne sowie das Team als System wachsen und schließlich erfolgreich sein kann. Die Methode der Teamdynamik ist systemisch und beruht darauf, dass sich jeder Einzelne ins System einbringt und dass das System im Gegenzug jedem Einzelnen eine Entwicklung bieten kann. Und wir arbeiten proxemisch, das heißt, die Teammitglieder stellen sich im Training in räumlich-körperliche Konstellationen. Dies fördert die Beziehungen der Teammitglieder und regt zum Austausch an.

duz Die Ganzheitlichkeit ist wichtig?

Poggendorf Ja, die Angewandte Teamdynamik spricht nicht nur den Intellekt an, sondern bezieht auch Gefühle und Körperarbeit mit ein.

duz Welchen Anteil hat der Chef an einem funktionierenden Team?

Poggendorf Ein Team braucht immer einen Teamleader – was aber nicht zwingend der Vorgesetzte oder Abteilungsleiter sein muss, es kann auch einen Teamsprecher geben. Die Herausforderungen für ein Team sind, dass ein Ziel klar definiert ist, dass Funktionen und Positionen innerhalb des Teams abgesteckt sind, Abläufe klar geregelt sind, Informationen ans Team und innerhalb des Teams weitergegeben werden, dass Probleme unter Teammitgliedern aus der Welt geschafft werden und jeder mit seinen Kompetenzen wertgeschätzt wird.

duz Wenn das alles gegeben ist, funktioniert ein Team optimal?

Poggendorf Ja, aber Teamarbeit ist nie ein abgeschlossener Prozess. Teams verändern sich, wenn beispielsweise ehemalige Kollegen Lücken hinterlassen oder neue Kollegen noch nicht integriert sind.

duz Das heißt, jedes Mal muss sich ein Team neu aufstellen?

Poggendorf Jedes neue Team muss zumindest seinen Konsens finden. Das kann der Vorgesetzte fördern.

duz Und wie sieht dann optimale Teamarbeit aus?

Poggendorf Jedes Teammitglied engagiert sich und nutzt dafür seine Potenziale. Die Teammitglieder schätzen sich und ihre Fähigkeiten wert und unterstützen sich gegenseitig, Herrschaftswissen gibt es nicht. Information und Kommunikation fließen, Aufgaben werden richtig koordiniert, um Mehrfacharbeit oder Lücken zu vermeiden. Und es sollte ein Teamgeist bestehen, damit jeder zu diesem Team gehören will.

→ **Literaturhinweis:** Armin Poggendorf: *Angewandte Teamdynamik*. Cornelsen Verlag, Berlin 2012, 440 S., 36 Euro.

→ **Kontakt:**

Armin.Poggendorf@t-online.de

Die Fragen stellte Tina Bauer.

Ausschreibungen aus Europa

EU-Nachbarregionen

Neues Tempus-Programm mit erhöhtem Budget

Brüssel Auf insgesamt rund 130 Millionen Euro beläuft sich die Summe, mit der die EU im sechsten Tempus-Programm Kooperationsprojekte von Hochschulen der EU mit Hochschulen der Nachbarregionen fördert. Bis 26. März können Projektanträge eingereicht werden. Seit 1990 unterstützt Tempus die Weiterentwicklung des Hochschulwesens in Osteuropa, Russland, Zentralasien, den Ländern des westlichen Balkans und im südlichen Mittelmeerraum.

→ **Internet:** http://eacea.ec.europa.eu/tempus/funding/2012/call_eacea_35_2012_en.php

→ **Nationaler Kontakt:** <http://eu.daad.de/eu/tempus/05236.html>

Unabhängige Labore

Starthilfe für Forscher aus Ost-Europa und Portugal

Heidelberg Junge Biowissenschaftler aus Tschechien, Estland, Polen, Portugal und der Türkei können sich für Zuschüsse zum Aufbau unabhängiger Labore in ihren Heimatländern bewerben. Die Organisation Embo für Biowissenschaft vergibt jährlich 55 000 Euro für drei bis fünf Jahre. Bewerbungsschluss ist der 15. April.

→ **Internet:** <http://embo.org/programmes/installation-grants/programme.html>

Erasmus Mundus 2

Mobilität nach Osteuropa und Lateinamerika

Brüssel Das EU-Programm Erasmus Mundus, Aktion 2, fördert mit zehn Millionen Euro Projekte, die in Kooperation mit Ländern entstehen, die der EU beitreten wollen. Neu aufgerufen sind Kooperationsprojekte mit Usbekistan, Tunesien und Brasilien. Ferner sollen fünf Millionen Euro für Mobilität von Europäern nach Lateinamerika zur Verfügung gestellt werden. Bis 15. April können Anträge eingereicht werden.

→ **Internet:** www.eu.daad.de/eu/erasmus/22213.html



Sie wollen Mitarbeiter gleich behandeln? Vergessen Sie es! Eine wirtschaftswissenschaftliche Studie zeigt: Wenn Führungskräfte einzelne Teammitglieder bevorzugen, erhöht sich die Leistung der ganzen Gruppe. Konkurrenz belebt den Laden.

Foto: fotolia

→ Internet <http://link.springer.com/article/10.1007%2Fs10551-012-1287-5#>

Europaweit arbeiten Hochschulen daran, einheitliche Standards in der Personalpolitik umzusetzen. Doch die Resonanz aus Deutschland ist verhalten. Erst vier Hochschulen beteiligen sich an der Initiative.

Personalmanagement

Ein Siegel soll die besten Forscher nach Europa holen

Bonn / Brüssel „Das kann ein Aushängeschild für jede Hochschule sein – und wir wollen bei den Ersten dabei sein“, sagt Klaus-Dieter Düformantel. Der Leiter des EU-Büros der Uni Freiburg arbeitet daran, dass seine Hochschule demnächst das Logo „HR Excellence in Research“ auf dem Briefkopf führen darf. Das ist eine Art Gütesiegel für gutes Personalmanagement. Die EU verleiht es, um Hochschulen im weltweiten Wettbewerb um kluge Köpfe zu unterstützen. Sie zeichnet damit Hochschulen aus, die die 2005 verabschiedete Forschercharta und den Verhaltenskodex für die Einstellung von Forschern umsetzen. Wenn Top-Wissenschaftler ein Qualitätssiegel für Personalmanagement sehen, beeinflusst das ihre Entscheidung positiv, so das Kalkül.

Um das Siegel zu erhalten, muss eine Hochschule an der Initiative zur Qualitätssicherung im Personalmanagement teilnehmen. Sie trägt den Titel „Human Resources Strategy for Researchers“ (HRSfR) und regelt in fünf Schritten, wie Charta und Code umgesetzt werden können. So müssen die Institutionen eine Bestandsanalyse vornehmen und einen Maßnahmenkatalog erstellen, mit dem eventuelle Lücken in der Personalpolitik behoben werden. Nach zwei Jahren soll dies intern überprüft werden, nach vier Jahren werfen EU-Experten einen Blick darauf. Charta, Kodex und die HRSfR sind zentrale Bausteine beim Versuch, einen

einheitlichen und vor allem attraktiven Forschungsraum in Europa zu schaffen.

Nach Angaben der Kommission haben bereits 1200 Institutionen aus 35 Ländern, darunter auch die deutsche Hochschulrektorenkonferenz (HRK), ihre Unterstützung für Charta und Code erklärt. Mehr als 100 Hochschulen dürfen das Logo bereits führen, rund 50 davon kommen aus Großbritannien. Deutschland jedoch hinkt hinterher. Noch keine Hochschule hatte das Logo bis Ende 2012 erhalten, gerade einmal vier Hochschulen – neben der Uni Freiburg sind

.....

„Für die Universitäten kann das ein gutes Mittel zur Selbstreflexion sein.“

.....

das die Unis Potsdam und Heidelberg sowie die FH Köln – bewerben sich derzeit darum. Auch deshalb hat die HRK im November 2012 ausdrücklich zur Teilnahme aufgerufen und Unterstützung angeboten. Eine aus Experten zusammengesetzte Arbeitsgruppe soll die Hochschulen jetzt bei der Umsetzung der Initiative beraten.

„Für die Universitäten, die sich mit ihrer Personalstrategie beschäftigen, kann das ein gutes Mittel zur Selbstreflexion sein“,



sagt Dr. Gerhard Duda von der HRK. Tatsächlich müssen die Hochschulen bei der Lückenanalyse einen 40 Punkte umfassenden Fragenkatalog beantworten. Dieser beinhaltet Rechte und Pflichten von Forschern und Arbeitgebern, etwa die Achtung vor geistigen Eigentumsrechten oder die Gemeinwohlorientierung ihrer Forschung, faire Gehälter und Arbeitsbedingungen, transparente Bewerbungsverfahren und ausreichende Fortbildungsangebote.

Dieser Umfang ist aber auch einer der Gründe, weshalb einige deutsche Hochschulen zurückhaltend sind. Die HRK hat eine erste Analyse für die Personalmanagement-Initiative durchgeführt. Dudas Fazit: „Der Aufwand kann hoch sein, aber man sollte ihn nicht zu hoch machen. Man sollte nicht ‚zu deutsch‘ an die Sache rangehen“ (s. auch Interview S. 5).

Da einige Aspekte der Initiative in Deutschland gelebte Praxis sind, hätten viele Universitäten bislang auch keine Notwendigkeit gesehen, daran teilzunehmen, glaubt Duda. „Ein transparentes

Die FH Köln will das EU-Logo. Dafür ist einiges zu tun, sagt ihr Vizepräsident Klaus Becker.

Foto: Schmülgen / FH Köln



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



Foto: colourbox

Die Initiative im Alltag „Zehn bis 15 Stunden in der Woche“

Die FH Köln nimmt seit 2011 an der EU-Initiative im Personalmanagement teil. Der Vizepräsident für Forschung und Wissenstransfer, Prof. Dr. Klaus Becker, über den Aufwand.

duz Warum beteiligt sich die FH Köln an der EU-Initiative?

Becker Vor dem Hintergrund unserer auf Internationalisierung ausgerichteten Forschungsstrategie ist es für uns sehr attraktiv, uns im europäischen Rahmen auszutauschen. Dazu kommt, dass wir dann auch das „Human Resources Excellence in Research“-Logo nutzen können, was für die Gewinnung von wissenschaftlichem Personal mit ausgeprägtem Forschungsinteresse durchaus interessant sein kann.

duz Wann könnten Sie das Logo erhalten und was muss dafür noch getan werden?

Becker Wir streben für dieses Audit Mitte 2013 an. Es ist recht einfach, die Gap-Analyse vorzunehmen und einen Maßnahmenkatalog daraus abzuleiten. Aber ohne ein Team, das sich um Personalentwicklung kümmert, geht es nicht. Wir etablieren seit Januar ein neues Team mit sechs bis sieben Personen, das sich unter anderem mit der Umsetzung der Initiative beschäftigt.

duz Welchen Aufwand hat die FH Köln bei der Umsetzung?

Becker Ich zitiere da immer eine Kollegin von der Medizinischen Universität Graz, die die Charta ebenfalls umsetzt. Nach ihren Erfahrungen sind für die Projektleitung zehn bis 15 Stunden die Woche für zwei bis drei Monate aufzubringen. Hinzu kommen rund zwei Dutzend Hochschulangehörige aus der Wissenschaftscommunity und allen Ebenen der Verwaltung, die an zwei bis drei Ganztags-Workshops teilnehmen und eine Multiplikatorenfunktion übernehmen. sm

Eine transparente Personalpolitik soll den Standort Europa für Spitzenwissenschaftler aus aller Welt attraktiver machen.

Bewerbungsverfahren für Professoren ist bei uns zum Beispiel gesetzlich vorgeschrieben. Und bei der Bezahlung orientiert man sich an den Tarifverträgen.“ Zudem habe die Exzellenzinitiative in den vergangenen Jahren Ressourcen gebunden.

Hochschulen, die im Exzellenzwettbewerb aktiv waren, rät Duda ohnehin nicht dringend zur Teilnahme. „Institutionen, die sich gerade personalpolitisch von allen Seiten haben durchleuchten lassen, werden durch die Charta vielleicht wenig Erkenntnisgewinn haben. Sie werden aber auch wenig Mühe haben, das Logo zu erwerben.“ Insgesamt sei die Initiative dennoch sinnvoll. „Für die Hochschulen, die sich auf EU-Ebene um Mittel im Forschungsrahmenprogramm bewerben wollen, ist zum Beispiel das Logo hilfreich, weil es die Antragsstellung erleichtert“, meint Duda.

Das sieht auch der Freiburger EU-Experte Düformantel so: „Der Aufwand ist schon hoch. Aber die Sache lohnt sich. Wir müssen uns einfach internationaler aufstellen.“ Von der HRK wünscht er sich, dass einige

der 40 Fragen im Vorfeld mit der EU geklärt werden. Schließlich hätten die meisten in der HRK vertretenen Hochschulen Themenkomplexe wie Gender oder Ethik bereits umgesetzt. „Das würde die Hürde deutlich senken“, sagt Düformantel.

Die Ansprüche der EU stehen auch in Kontrast zur Realität an den deutschen Hochschulen. Gewerkschafter kritisieren, dass die Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse steigt. So haben nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) 89 Prozent der Mittelbau-Beschäftigten keinen unbefristeten Vertrag. Auch je nach Fach sind die Fördermöglichkeiten und die Karriereaussichten unterschiedlich, sagt Duda: Eine Umfrage des Berliner Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung zeige, dass die Promovierenden diese vor allem in den Naturwissenschaften als gut bezeichnen. In den Geisteswissenschaften gebe es kritischere Töne.

→ Internet: www.hrk.de

Sebastian Meyer ist Journalist in Berlin.



Manager arbeiten wieder kürzer und ziehen nach durchschnittlich 50 Wochenstunden die Bürotür hinter sich zu. Das ist viel, aber weniger als im Vorjahr, weiß der Verband der Führungskräfte nach einer Befragung von rund 4000 deutschen Managern.

Foto: fotolia

→ Internet www.die-fuehrungskraefte.de/home/news-detailansicht/article/1958/

Exzellente Zukunftspläne

Jo Ritzen streitet unverdrossen für die Vision der Europa-Hochschule

Europas wirtschaftliche Zukunft hängt maßgeblich von exzellenter Wissenschaft ab, meint Prof. Dr. Jo Ritzen. Doch die Idee europäischer Spitzenuniversitäten, für die er sich stark macht, findet bislang weniger Rückenwind als erhofft.

Bunde / Niederlande Die mit viel Enthusiasmus gestartete Mission ist ein wenig ins Stocken geraten. Seit zwei Jahren wirbt der ehemalige Präsident der Uni Maastricht und frühere niederländische Wissenschaftsminister Jo Ritzen für die Vision einer europäischen Universität. Sein Ziel: Bis zum Jahr 2020 sollten zehn Prozent der Hochschulen in den EU-Mitgliedsstaaten zu Europa-Unis ausgebaut werden (s. *duz* Europa 02/2011, S. 8). „Doch es geht nur mühsam

voran“, sagt Ritzen heute, „auf EU-Ebene erhalten wir mit unserer Empower European Universities-Initiative leider noch nicht die Unterstützung, die wir für echte Fortschritte bräuchten.“ Insbesondere wegen des häufigen Wechsels der Bildungsminister müsse man die Idee immer wieder von Grund auf erklären.

Gleichwohl bleibt Ritzen Optimist. Die erste europäische Universität werde zwar noch ein wenig auf sich warten lassen. Das Gesamtprojekt stellt der 67-Jährige aber nicht infrage. „Wir treiben unsere Idee weiter voran“, sagt er. Mit Vorträgen vor Hochschulverbänden ebenso wie in Diskussionen mit EU-Vertretern und den EU-Kommissaren für Bildung und Innovation.

Ein aktueller Zwischenschritt ist die Vorstellung einer Studie zur Bildungspolitik in 32 europäischen Ländern, die Mitte Dezember 2012 veröffentlicht wurde. „Darin zeigen wir, wie wichtig exzellente Hochschulen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Kontinents sind“, sagt Ritzen, „und dass sie angemessene Rahmenbedingungen brauchen, um zu Innovation und Wettbewerbsfähigkeit beizutragen.“ Gleichwohl sehe man aber auch, wie viel auf dem Weg dahin noch zu tun ist“, ergänzt die Projektleiterin Dr. Cecile Horeau von der Uni Maastricht. So hätten beispielsweise 17 europäische Regierungen ihre Hochschulbudgets in den letzten Jahren gekürzt und in fünf Ländern sei die Autonomie der Hochschulen beschnitten worden.

Die Studie soll im Jahr 2014 wiederholt werden. Ritzen hofft, dass er bis dahin weitere Unterstützer für seine Idee findet. „Insbesondere das europäische Parlament sollte sich engagieren“, meint er. Ein Vorbild für die Förderung europäischer Spitzenunis hat er auch schon gefunden: die deutsche Exzellenzinitiative. rk

→ Internet: www.empowereu.org

Jo Ritzen gibt die Hoffnung auf Europa-Universitäten nicht auf – auch wenn sein Projekt derzeit verhalten vorangeht.

Wissenschaft zeigen

Wie Forschungsprojekte öffentlich werden

Barcelona Was Wissenschaftler tun, erschließt sich oft nur einem kleinen Kreis von Eingeweihten. Mit der Kommunikation ihrer Arbeit tun sich Forscher oft schwer. „Dabei findet innerhalb der EU so viel interessante Wissenschaft statt“, sagt Dr. Tobias Maier. Also hat der Biologe gemeinsam mit seinem belgischen Kollegen Dr. Peter Vanhee im Sommer 2012 daraus eine kommerzielle Dienstleistungs-Unternehmung gemacht: Mit Open Consortium bieten die beiden Freiberufler speziell für internationale Forschungskonsortien Öffentlichkeitsarbeit an. Für drei Konsortien und mehrere andere Kunden arbeiten sie bereits.

Kennengelernt haben sich Maier und Vanhee als Wissenschaftler in einem Forschungskonsortium in Barcelona. Sie wissen also aus eigener Erfahrung, wovon sie sprechen. Zudem hat Vanhee ein Faible fürs Programmieren von Websites, Maier bloggt seit Jahren. So wollen sie den Wissenschaftlern die Öffentlichkeitsarbeit abnehmen, die diese oft als lästig empfinden. Am liebsten sind sie von Projektbeginn an mit dabei, sprechen eine zum Projekt passende Kommunikationsstrategie mit den Forschern ab und überlegen gemeinsam mit ihnen, was sie welchen Medien anbieten wollen. „Denn auch unter Wissenschaftlern ist es wichtig, zielgruppengerecht präsent zu sein“, sagt Maier. Schon bei der Suche nach geeigneten Mitarbeitern helfe ein öffentlicher Auftritt und fürs eigene Renomee unter Kollegen könne Kommunikation auch nicht schaden – müsse jedoch jeweils anders aufbereitet werden.

„Stellt ein Forscherkonsortium einen Förderantrag bei der EU, muss es seine Arbeit zumindest auf einer Website darstellen“, weiß Maier. Dies zu erledigen, ist in der Regel die Basis seines Angebots. „Darüber hinaus übernehmen wir auch Design, Textarbeiten, Social-Media-Strategien oder die Organisation von Kursen und Infotagen.“ Gegen Bezahlung versteht sich. rk

→ Internet: <http://openconsortium.eu>

Kontakt

Prof. Dr. Jo Ritzen

Empower European Universities

Telefon: +31 433 26 11 13

E-Mail: jo.ritzen@empowereu.org

Internet: <http://empowereu.org>



Foto: Wiep van Apeldoorn

Auslaufmodell in der digitalen Welt: Junge Forscher werden künftig immer seltener auf gedruckte Bestände zurückgreifen.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

In den kommenden dreieinhalb Jahren erforscht die Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften in Kiel, wie sich Bibliotheken wandeln werden.

Von Roland Koch



Publizieren in sozialen Netzwerken

In Zukunft ist die Bibliothek digital, und sie kommt zum Forscher

Kiel/Hamburg Sie sammeln und bewahren Wissen, machen es Studierenden, Lehrenden und Forschenden zugänglich. Sie helfen bei der Recherche nach Fachliteratur und bieten eine Umgebung für konzentriertes Arbeiten – Bibliotheken sind aus der Welt der Wissenschaft nicht wegzudenken. Doch derzeit erleben sie einen dramatischen Wandel. Mit den Möglichkeiten des Internets und des Web 2.0 bleibt in ihnen kein Buch auf dem anderen.

Fachliteratur online in einer Bibliothek zu bestellen, gehört längst zum digitalen Alltag von Wissenschaftlern. Die Möglichkeiten der neuen Medien werden das Leistungsspektrum der Einrichtungen künftig aber noch weiter verändern, meint Prof. Dr. Klaus Tochtermann, der Direktor der deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW) in Kiel: „Wissenschaftler nutzen immer öfter die neuen sozialen Medien, etwa Blogs, Wikis oder soziale Netzwerke, um ihre Forschung zu präsentieren, zu diskutieren und zu publizieren.“ Die technischen Möglichkeiten schufen neue Kommunikationsmöglichkeiten. „Das verändert auch die Aufgaben, die Bibliotheken künftig haben.“ Unter der Leitung des Professors für Medieninformatik erforscht das

ZBW deshalb seit Anfang Februar mit neun weiteren europäischen Partnern im Rahmen eines EU-geförderten Projekts, wie die Web 2.0-Anwendungen Forschungs- und Publikationsprozesse verändern. Es trägt den Titel Eexcess (Enhancing Europe's Exchange in Cultural Educational an Scientific Resources), ist auf dreieinhalb Jahre angelegt und hat ein Budget von gut sieben Millionen Euro. „Wir wollen einerseits herausfinden, wie wir unsere Literatur in die sozialen Netzwerke bringen. Andererseits wollen wir die Inhalte, die in den Netzwerken diskutiert werden, zugänglich machen“, sagt Tochtermann.

Grundidee dabei sei es, nicht mehr den Nutzer zum Inhalt, sondern den Inhalt zum Nutzer zu bringen. Bibliotheken dürften künftig nicht nur ihren Lesesaal ins Internet verlegen. Sie müssten Wissenschaftler dort mit Literatur versorgen, wo diese sich gerade befinden. „Das kann eine virtuelle Forschungsumgebung sein, ein Wiki oder soziales Netzwerk“, sagt Tochtermann.

Das 1919 gegründete ZBW ist seit 1966 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und die nach eigenen Angaben weltweit größte Spezialbibliothek für Wirtschaft. Sie hat unter anderem mehr als vier Millionen gedruckte

und elektronische Publikationen. Mehr als 250 Beschäftigte arbeiten an den beiden Standorten Kiel und Hamburg. Den digitalen Wandel erlebt die ZBW im eigenen Haus. „Die Studierenden nutzen die neuen Medien deutlich intensiver als Forschende, die in ihrer Karriere schon weiter fortgeschritten sind“, sagt Tochtermann. „Wie eine Umfrage unter 300 Studierenden ergeben hat, nutzen sie das Web 2.0 in zunehmendem Maße, um Literatur auszutauschen und Quellen weiterzugeben.“ Dass die neuen sozialen Netzwerke zunehmend an Bedeutung gewinnen, zeigten auch die Ausleih-Zahlen: „In der ZBW ist die Lieferung von Print-Dokumenten im Zeitraum 2010 bis 2012 um 18 Prozent zurückgegangen. Demgegenüber ist im selben Zeitraum der Zugriff auf elektronische Volltexte in PDF um 82 Prozent gestiegen“, sagt Tochtermann.

Projektziel von Eexcess sei es, eine Software zu entwickeln, mit der Bibliotheken den neuen Anforderungen gerecht werden könnten, sagt Tochtermann. „So wollen wir den Studierenden bei der Suche helfen und den Forschenden beim Publizieren.“ rk

→ Internet: www.eexcess.eu, www.zbw.eu



Wer mit Ernie, Bert und Co rechnet oder liest, kann entweder sein Sprach- oder sein Mathe-Talent erkennen. Neurobiologen der Universität Rochester haben Gehirne von Kindern beim Sesamstraße-Schauen beobachtet. In Deutschland läuft die Sendung seit genau 40 Jahren.

Foto: NDR / Thorsten Jander

→ Internet www.plosbiology.org

Die große Schwester des deutschen Netzwerks für Wissenschaftsmanagement ist 50 Jahre alt, in Großbritannien zu Hause und schafft das, was einen Job zum Beruf macht: Identität und jede Menge gute Laune.

Die britische Vereinigung für Wissenschaftsmanagement

Eine Mission, ein Berufsverband und ein Wegbereiter

Manchester Im März wird Isabel Müskens nach Edinburgh reisen und sich anschauen, wie es bei den Großen läuft. Was nicht heißt, dass sie sich klein fühlt. Das 2011 von 13 Wissenschaftsmanagern gegründete Netzwerk Wissenschaftsmanagement, dessen Vorsitzende sie ist, hat es mittlerweile zu einiger Bekanntheit in der Hochschulszene und einer Mitgliederzahl von rund 200 gebracht. „Das ist eine starke Entwicklung“, sagt Müskens, stellvertretende Geschäftsführerin des Präsidiums und Referatsleiterin für Studium und Lehre an der Universität Oldenburg. Und doch hat es eine andere Größenordnung als die 4500 Mitglieder der AUA, der Association of University Administrators mit Sitz in der Universität Manchester.

Die AUA hält im März ihre Jahrestagung in Edinburgh ab. Eingeladen sind nicht nur Interessierte aus den eigenen Reihen, sondern auch Externe aus dem Ausland. Die AUA ist das, was das Netzwerk Wissenschaftsmanagement in Deutschland gern werden würde: eine Vertretung für Wissenschaftsmanager, die so sichtbar ist, dass man nicht mehr an ihr vorbeikommt. Freilich hat die AUA dafür erheblich mehr Zeit gehabt. Seit 1961 ist ihr Ziel, durch Professionalisierung ihrer Mitglieder die gesamte Hochschullandschaft zu verbessern. „Dass sie nach wie vor eine Mitgliedervereinigung ist, dass das in der Größe gelingt, ist für uns

vorbildhaft“, sagt Müskens. Auch im Netzwerk Wissenschaftsmanagement sei das Engagement der Mitglieder der entscheidende Faktor für eine breite Verankerung in der Wissenschaftslandschaft.

„Wir sind eine Organisation, die für ihre Mitglieder existiert“, heißt es auf der AUA-Webseite. Das tut sie unter anderem durch Veranstaltungen und Vernetzung. Darüber hinaus bietet die AUA ihren Mitgliedern Konferenzen, Vorträge, Publikationen, Aus- und Weiterbildung und Jobausschreibungen an. „Wir sind ein breit angelegter

.....

„Wir sind eine Organisation, die für ihre Mitglieder existiert.“

.....

Verband mit einer breiten Palette von Aktivitäten“, fasst Matthew Andrews, Vorsitzender der AUA, zusammen. Für all das zahlen die Mitglieder zwischen 59 und 119 Britische Pfund, umgerechnet rund 70 bis 140 Euro im Jahr – je nach ihrem Einkommen. Wer seine Karriere vorantreiben und damit die Professionalisierung und das Ansehen der gesamten Berufsgruppe fördern will, ist bei der AUA willkommen. Wer hofft, die Organisation verändere durch Druck



und Einfluss auf die Hochschulleitungen die Arbeitsbedingungen, wird dagegen enttäuscht. „Wir sind ein Berufsverband, aber keine Lobby-Gruppe oder Mitarbeitergewerkschaft“, sagt Andrews.

Obwohl die AUA, genau wie das Netzwerk Wissenschaftsmanagement, vorrangig das mittlere Management der Hochschulen anspricht, gibt es eine intensive Zusammenarbeit mit den obersten Etagen der Universitäten. Zum einen, weil auch Hochschulleiter selbst aktiv in der AUA sind, zum anderen, weil sie gefragte Referenten bei Tagungen und Konferenzen sind.

In dieser Hinsicht fungiert die AUA ebenfalls als Vorbild für das deutsche Netzwerk. „Unser Ziel ist es, das obere Management auch weiterhin anzusprechen“, sagt Müskens. Auch bei der Finanzierung möchte man es der AUA möglichst bald gleich-tun. Die Anschubfinanzierung des Stifterverbands für 2011 und 2012 endet in diesem Jahr. Nun muss das Netzwerk Wissenschaftsmanagement auf eigenen Füßen stehen, so wie es die AUA seit Langem tut.

Ulrike Beisiegel, Präsidentin der Universität Göttingen und als Vizepräsidentin bei der Hochschulrektorenkonferenz für Hochschulmanagement zuständig.

Foto: Universität Göttingen



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



Foto: Alex Carissey / CC BY 2.0

Im Sackville Street Building der Universität Manchester hat die britische Vereinigung für Wissenschaftsmanager AUA (Association of University Administrators) ihr Hauptbüro.

Energisch klingt das Grußwort der AUA-Präsidentin Alison Johns auf der Webseite der Organisation: „Wir tun das, was wir tun, mit Leidenschaft.“ Und sie lädt potenzielle Mitglieder, die einen „wichtigen und professionellen Job“ innehaben, dazu ein, „Teil von etwas Großem“ zu sein. Aus diesen Worten spricht ein Selbstbewusstsein, das sich bei den Wissenschaftsmanagern in Deutschland gerade erst entwickelt.

Lange Zeit waren die Verwaltungen in deutschen Hochschulen eher nachgelagerte Ministerialbehörden, deren Mitarbeiter ausführende Organe. Mit der Entwicklung der Unis zu autonomen, an Managementprinzipien orientierten Organisationen kam eine neue Spezies in die Verwaltung: die Wissenschaftsmanager. Sie übernehmen vielfältige Aufgaben an der Schnittstelle von Administration und Wissenschaft. Eine strenge Trennung wie früher gebe es heute nicht mehr, sagt Isabel Müskens. Das zeige sich auch daran, dass viele Wissenschaftsmanager, die heute in der Verwaltung angesiedelt sind, selbst einen akademischen

Hintergrund haben. Wesentlich für gutes Wissenschaftsmanagement sei ein tiefes Verständnis von Wissenschaft. In Großbritannien ist das bereits Standard, wie das Gründungsjahr 1961 der AUA beweist. Dort sind Universitäten in viel höherem Maß von privaten Geldgebern abhängig als in Deutschland. Doch verstärkt müssen auch hierzulande Gelder eingeworben, Budgets eigenverantwortlich geplant und verwaltet werden – Aufgaben für Manager.

Die Jahreskonferenz der AUA vom 25. bis 27. März gilt aufgrund der Größe und Erfahrung der Organisation als Branchentreff für Wissenschaftsmanager aus ganz Europa. Müskens hofft, dort nicht nur Kontakte zu knüpfen, sondern auch von anderen zu lernen. Zwar ist das Netzwerk Wissenschaftsmanagement im Vergleich mit der großen Schwester AUA noch immer ein kleines Kind – allerdings eines, das beginnt, auf eigenen Füßen zu stehen.

→ Internet: www.aua.ac.uk

Ulrike Thiele ist Journalistin in Berlin.

Zusammenarbeit

„Präsidium und Verwaltung sprechen andere Sprachen“

In Großbritannien kooperieren die Unichefs und der Hochschulmanagementverband. Ist Ähnliches in Deutschland denkbar? Fragen an Professorin Dr. Ulrike Beisiegel, Vizepräsidentin der Hochschulrektorenkonferenz.

duz Das Netzwerk Wissenschaftsmanagement richtet sich vornehmlich an Fachleute aus der mittleren Managementebene. Wie nimmt die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) die Organisation wahr?

Beisiegel Das Netzwerk spricht in seinem Leitbild Themen an, die auch für die Präsidenten und Rektoren eine Rolle spielen, etwa internationaler Wettbewerb oder Differenzierung. Ich werde in meiner neuen Rolle als HRK-Vizepräsidentin schauen, wo wir davon profitieren können.

duz Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit zwischen Hochschulleitung und Verwaltung?

Beisiegel Es ist schon immer ein Kernproblem im deutschen System gewesen, dass Präsidium und Verwaltung nicht gut abgestimmt waren und gegenseitige Vorurteile bestanden. Beide Seiten sprechen auch andere Sprachen, pflegen eine andere Kultur. Hauptaufgabe in unseren Universitäten ist es, dafür zu sorgen, dass sich beide Kulturen im Sinne des Ganzen ergänzen.

duz Wie wollen Sie in Ihrer Funktion den Konflikt lösen?

Beisiegel Ich sehe meine Aufgabe darin, den Konflikt erst einmal zu thematisieren und zu sagen: Hier ist das Problem, lasst uns das angehen. Das kann man nicht in einem oder zwei Jahren, aber ich denke, in einigen Jahren können wir erreichen, dass man genau diese Kommunikation friktionsfrei macht.

Die Fragen stellte Ulrike Thiele.



Foto: William Murphy

Der irische Bildungsminister Ruairi Quinn will die Hochschulen für breite Bevölkerungsschichten öffnen.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

EU-Ratspräsidentschaft

Irland stellt Bildungsprogramm vor

Dublin Die irische Regierung hat seit Jahresbeginn den Vorsitz im EU-Rat und ihre bildungspolitischen Ziele vorgestellt. Dazu zählt, das Mobilitätsprogramm Erasmus über Studenten hinaus auf Berufe auszuweiten und die Anerkennung von Qualifikationen zu verbessern. Das erklärte der irische Bildungsminister Ruairi Quinn Anfang Januar. Desweiteren sollen der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) weiter überarbeitet werden. Mit beiden Fonds werden die Chancen von Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt etwa durch Weiterbildung gefördert. Zudem soll eine Entscheidung über die strategische Agenda des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT) getroffen werden. Besonderes Augenmerk legt Irland darauf, dass sich die Hochschullandschaft für Bevölkerungsschichten öffnet, die bislang keine Hochschulbildung anstrebten.

→ Internet: www.education.ie/en

Mobilität

Hürden für ausländische Forscher in Dänemark

Kopenhagen Dänische Universitäten haben Mühe, Ausländer von außerhalb der EU anzustellen. Schuld ist ein verschärftes Ausländerrecht der sozial-liberalen Regierung. Anfang Januar haben Forscher wie der Umweltwissenschaftler Prof. Dr. Carsten Rahbek von der Universität Kopenhagen kritisiert, dass durch diese schwierigen Umstände die Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen Dänemarks leide. Aufenthaltsgenehmigungen, selbst für befristete Anstellungen, würden oft erst nach Monaten ausgestellt. Einzelnen Forschern werde wegen Verfahrensfehlern das Einreisevisum verweigert. Schwierig sei auch der Nachzug von Familienangehörigen.

→ Internet: www.workingconditions.ku.dk/

Stifterverband

Gründungsradar geplant

Essen Auf vielfältige Weise entwickeln Studierende und Wissenschaftler aus Ideen neue Produkte und bringen sie mit der eigenen Firma auf den Markt. Wie unterschiedlich sie dabei von ihrer Hochschule unterstützt werden, will der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zusammen mit dem Bundeswirtschaftsministerium ermitteln. Ein Mitte 2013 erscheinender Gründungsradar soll einen Überblick über unterschiedliche Strategien und Erfolgsfaktoren geben. Dafür wurde Ende Januar eine Umfrage an den Hochschulen gestartet.

→ Internet: www.gruendungsradar.de

Korruption

Hochschulwatch gestartet

Berlin Wann nimmt die Wirtschaft Einfluss auf die Wissenschaft? Das wollen die Tageszeitung die taz, die Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland und der fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenenschaften) herausfinden. Dafür haben sie Ende Januar das Internetportal Hochschulwatch gestartet. Ein Jahr lang können die Nutzer, ähnlich wie bei Wikipedia, Beispiele fragwürdiger Verbindungen nennen und Texte schreiben.

→ Internet: www.hochschulwatch.de

Betrug in der Wissenschaft

Forschende Frauen sind ehrlicher als Männer

Washington Frauen täuschen weniger oft bei der wissenschaftlichen Arbeit als ihre männlichen Kollegen. Das haben drei amerikanische Forscher herausgefunden und ihre Studie Mitte Januar bei der American Society for Microbiology veröffentlicht. Bei Studierenden ist der Unterschied von Täuschungsmanövern von Frauen und Männern noch relativ gering, steigt aber parallel zur akademischen Karriere an. Danach

liegt der Männer-Anteil bei Betrug durch Mitglieder des Lehrkörpers bei 88 Prozent, bei Studierenden lediglich bei 58 Prozent. Gründe nannten die Wissenschaftler nicht. Die Autoren sehen ihre Ergebnisse jedoch als Ausgangspunkt für Diskussionen.

→ Internet: www.asm.org

Fusionsreaktor Iter

EU-Kommission zahlt

Brüssel Trotz Finanzkrise in Europa hat EU-Energiekommissar Dr. Günther Oettinger Mitte Januar weitere finanzielle Unterstützung Europas für den Kernfusionsreaktor Iter zugesagt. Im Beisein der französischen Hochschulministerin Geneviève Fioraso betonte Oettinger bei der Einweihung des Iter-Kontroll- und Verwaltungszentrums in Saint-Paul-lès-Durance, wie wichtig es sei, „dass wir an der Finanzierung von Projekten wie Iter festhalten, die langfristig dazu beitragen, die Schadstoffbelastung unserer Energieversorgung zu verringern“. Da der Reaktor mitten in Europa stehe, spiele die EU eine wichtige Rolle in der Technologieforschung. „Iter ist eines der weltweit größten wissenschaftlichen Kooperationsprojekte.“

→ Internet: <http://ec.europa.eu/energy>

Internationalisierung

Mehr Studenten aus dem Ausland rekrutieren

London Um mehr internationale Studierende für ein Studium an britischen Hochschulen zu gewinnen, hat die Regierung Ende Januar in London eine neue Behörde geschaffen. Unterstaatssekretär Matthew Hancock erklärte, Großbritannien habe einen ausgezeichneten Ruf im Ausland, würde aber seine Möglichkeiten nicht ganz ausschöpfen. Die neue Abteilung Education UK ist im Ministerium für Unternehmen, Innovation und Ausbildung angesiedelt. Vor allem aus Indien und dem Mittleren Osten sollen Studenten rekrutiert werden. Denn der Anteil indischer Studierender in Großbritannien war im Studienjahr 2011/2012

Einfach lächeln hilft manchmal mehr als 1000 Worte. Lächeln lindert Stress, selbst wenn es aufgesetzt ist. Das haben Psychologinnen in Kanada an 170 Probanden getestet.

Foto: fotolia

→ Internet www.researchgate.net/publication/231211974_Grin_and_Bear_It_The_Influence_of_Manipulated_Facial_Expression_on_the_Stress_Response

SPRECHEN



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

um 23,5 Prozent gesunken. Auch der Anteil von Studenten aus EU-Ländern sank in dieser Zeit um 20 Prozent. ce

→ Internet: www.gov.uk/government/organisations/department-for-business-innovation-skills

Kooperationsverbot

Schavans Pläne vorerst gescheitert

Berlin Bund und Länder haben sich Ende Januar in gemeinsamen Gesprächen nicht über die Aufhebung des Kooperationsverbotes in der Bildung einigen können. Die Pläne von Bundesforschungsministerin Dr. Annette Schavan, eine Verfassungsänderung des Paragraphen 91b wenigstens für die Wissenschaft hinzubekommen, wurden von den Ländern boykottiert. Die Länder wollen eine Lösung für das gesamte Bildungssystem. Man wolle deshalb weiter im Gespräch bleiben, hieß es. Das Thema nicht von der Tagesordnung zu nehmen, forderte auch Prof. Dr. Horst Hippler, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz. Wenn der Bund nicht mitfinanzieren könne, drohe eine prekäre Lage für Studium, Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs, sagte er. Einig waren sich Bund und Länder, dass der Hochschulpakt bis 2020 weiter gelten solle. Zudem wollen sie in den nächsten Monaten über die Fortentwicklung der sogenannten Programmpauschale in der Förderung der DFG sprechen. hck

Ratingagentur

Schlechte Perspektiven für Hochschulen in den USA

New York Um die Finanzen der öffentlichen Universitäten in den Vereinigten Staaten steht es schlecht. Deshalb hat die Bewertungsagentur Moody's Mitte Januar den Ausblick für das amerikanische Hochschulsystem in diesem Jahr heruntergestuft und als negativ bezeichnet. Für einen Großteil der amerikanischen Hochschulen sind die Perspektiven bereits seit 2009 schlecht. Lediglich für führende Forschungsuniversitäten war die Prognose stabil. Das hat sich

jetzt geändert. Um zukunftsfähig zu sein, müssten die Hochschulen ihre Kosten senken, empfahl Moody's. Zudem müssten die öffentlichen Einrichtungen davon ausgehen, dass die staatliche Förderung weiterhin reduziert wird. ce

→ Internet: www.moody.com

Elitehochschulen

Ministerin kritisiert die Qualität der Ausbildung

Paris Die französische Hochschulministerin Geneviève Fioraso hat Ende Januar die Elitehochschulen ihres Landes kritisiert. In deren sogenannten Vorbereitungsklassen würden angehende Studenten nicht ausreichend auf die Forschung vorbereitet. Das will die Ministerin mit ihrem neuen Hochschulgesetz ändern und diese Klassen rechtlich stärker an die Universitäten anbinden. Auf diese Weise sollen Studierende, die nach den Vorbereitungskursen etwa Ingenieurschulen besuchen, frühzeitig mit der Forschungskultur vertraut gemacht werden, argumentiert Geneviève Fioraso. Weil dies bislang nicht der Fall sei,

herrsche im Gegensatz zu Deutschland ein Mangel an promovierten Ingenieuren in Frankreich. Die Vorbereitungsklassen dauern rund zwei Jahre und sind eine Besonderheit des französischen Bildungssystems. ce

→ Internet: www.enseignementsup-recherche.gouv.fr

Lehre und Studium

Staat und Universitäten in Kroatien legen Ziele fest

Zagreb Unter Mithilfe des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) hat das kroatische Wissenschaftsministerium erstmals Zielvereinbarungen mit den Universitäten getroffen. Das erklärte Mitte Januar CHE-Geschäftsführer Prof. Dr. Frank Ziegele. „Zwar beziehen die Vereinbarungen sich zunächst nur auf Ziele in den Bereichen von Lehre und Studium, es ist aber nach den positiven Erfahrungen geplant, sie auf alle Aufgabenbereiche der Hochschulen auszudehnen.“ Die Einführung ist ein Kooperationsprojekt der Weltbank und des kroatischen Bildungsministeriums. ce

Plagiatsvorwurf

Verfahren um Schavans Dokortitel eingeleitet

Düsseldorf Die Universität Düsseldorf hat Ende Januar ein Verfahren eingeleitet, um der Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan den Dokortitel zu entziehen. Das Gremium folgte damit der Empfehlung der Promotionskommission, die als Vorinstanz die Doktorarbeit geprüft hatte. Ob das Verfahren fortgesetzt wird, wollte der Fakultätsrat in einer weiteren Sitzung Anfang Februar entscheiden. Das Ergebnis stand zum Redaktionsschluss nicht fest.

Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen hatte zuvor das von der Universität Düsseldorf veröffentlichte Rechtsgutachten kritisiert und forderte die Uni auf, sich an einschlägigen Richtlinien wissenschaftlicher

.....
Bundesbildungsministerin Annette Schavan weist Plagiatsvorwürfe zurück.

Praxis zu orientieren. Während sich der Deutsche Hochschulverband und der Philosophische Fakultätentag gegen diese Einmischung wehrten, verteidigte der Wissenschaftsrat die Allianz. tb



Foto: BMWF

Sabine Kunst, brandenburgische Wissenschaftsministerin, wirbt für Uni-Neugründung.



Foto: Michael Ingenweyen

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Wissenschaftsrat

Daten vereinheitlichen

Köln Um Evaluation, Akkreditierung, Rankings und Ratings zu erleichtern, empfiehlt der Wissenschaftsrat Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen, ihre Forschungsdaten zu vereinheitlichen. Aspekte für einen übergreifenden Kerndatensatz sollen in den kommenden 18 Monaten erarbeitet werden, sagte Dr. Wolfgang Marquardt, wiedergewählter Vorsitzender, auf der Sitzung Ende Januar. Das Gremium lobte auch das an der Humboldt-Universität angesiedelte Centre Marc Bloch für seine Bedeutung für die deutsch-französische Wissenschaftszusammenarbeit. Zudem wird dem HIS-Institut für Hochschulforschung in Hannover eine „insgesamt gute Qualität“ bescheinigt. Jedoch sollten die Methoden der Datenerhebung erneuert werden. tb

→ Internet: www.wissenschaftsrat.de

Studienanfänger

Mehr Studenten ohne Abi

Gütersloh Immer mehr Studienanfänger haben weder Abitur noch Fachhochschulreife. Das teilte das Centrum für Hochschulentwicklung Ende Januar mit. 2011 waren es rund 12 000 Studierende (2,3 Prozent), etwa 2000 mehr als im Vorjahr. tb

Forschernetzwerk

Nun auch in Brasilien aktiv

Brasilia Das Netzwerk Euraxess Links der EU-Kommission ist seit Anfang Januar auch in Brasilien aktiv: Es hilft dort europäischen Forschern untereinander Kontakt zu finden und mit Europa in Verbindung zu bleiben. Auch sollen Kooperationen mit dem Gastland angeregt und Kontakte für den Standort Europa geknüpft werden. Brasilien ist der sechste Standort des Netzwerks neben den USA, Japan, China, Indien und den Südostasiatischen Staaten. ce

→ Internet: <http://ec.europa.eu/euraxess/links>

Universitätsgründung

Fusion in der Lausitz ist beschlossen

Potsdam Der Weg ist frei für die Gründung einer neuen Universität in der Lausitz. Ende Januar hat der brandenburgische Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen. Damit hat sich Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Sabine Kunst durchgesetzt, durch eine Fusion der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus und der Hochschule Lausitz in Cottbus und Senftenberg eine „schlagkräftigere Universität“ zu gestalten. „Sie ist mehr als die Summe ihrer bisherigen Teile“, warb Kunst. Gegen die Fusion wehrt sich BTU-Präsident Prof. Dr. Walther Ch. Zimmerli. Er kündigte an, das Gesetz auf Verfassungswidrigkeit prüfen zu lassen. tb

Promotionsrecht

FH-Profis akkreditieren

Leipzig Fachhochschul-Professoren sollten einmalig von Universitäten akkreditiert werden können, um Promotionen

Gehirnforschung

EU vergibt höchste europäische Förderung

Lausanne Um zu verstehen, wie das menschliche Gehirn funktioniert, sammeln Forscher im Human Brain Projekt das gesamte, weltweit bestehende Wissen über das menschliche Gehirn. Ende Januar hat die EU-Kommission das Projekt zu einem ihrer Flaggschiff-Projekte erklärt und wird es in den kommenden zehn Jahren mit rund einer Milliarde Euro fördern.

Unter der Leitung von Prof. Dr. Henry Markram von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne sind 80 europäische und internationale Forschungseinrichtungen dabei, das Wissen zu sammeln, um anschließend aus den Daten das Gehirn

Unter der Leitung von Henry Markram entsteht ein künstliches Gehirn.

anzubieten. Das forderte Prof. Dr. Renate Lieckfeldt Ende Januar. Die Rektorin der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig diskutierte auf einer Veranstaltung der HTWK mit Politikern und Wissenschaftlern über das Promotionsrecht. „Mit dem Bologna-Prozess ist die Differenzierung Fachhochschule/Universität ein Stück weit aufgehoben“, begründete Lieckfeldt. tb

Professorenbesoldung

Bund erhöht Grundgehalt

Berlin Rund 850 Professoren an Hochschulen des Bundes und vom Bund mitfinanzierten Forschungseinrichtungen bekommen mehr Geld. Das hat die Bundesregierung Anfang Februar beschlossen. Danach erhöhen sich die Grundgehälter der Besoldungsgruppen W2 und W3. Bislang gezahlte Leistungszulagen werden bei der Gehaltserhöhung angerechnet. Zudem wird der Familienzuschlag rückwirkend zum 1. August 2001 an Beamte in eingetragenen Lebensgemeinschaften gewährt. Der Bund setzt damit Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar 2012 um. hck

in Modellen zu rekonstruieren. Beteiligt ist unter anderen die Universität Heidelberg, die mit Prof. Dr. Karlheinz Meier einen von zwei Kodirektoren stellt. ce

→ Internet: www.humanbrainproject.eu



Foto: Human Brain Project

69. Jahrgang

Gegründet 1945 als „Göttinger Universitätszeitung“.

Herausgeber:

Dr. Wolfgang Heuser, Tel.: 030 212987-29,
E-Mail: w.heuser@raabe.de

Redaktion:

Leitende Redakteurin: Christine Průsky (py),
Tel.: 030 212987-37, E-Mail: c.prussky@raabe.de
Hans-Christoph Keller (hck), Tel.: 030 212987-36,
E-Mail: hc.keller@raabe.de
Roland Koch (rk), Tel.: 030 212987-34,
E-Mail: r.koch@raabe.de
Tina Bauer, Tel.: 030 212987-32,
E-Mail: t.bauer@raabe.de
Redaktionsassistent: Anne-Katrin Jung (akj),
Tel.: 030 212987-39, E-Mail: duz-redaktion@raabe.de

Adresse der Redaktion:

Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-0, Fax: -30, ISDN: -50
E-Mail: duz-redaktion@raabe.de
Internet: www.duz.de

Gestaltungsidee und Grundlayout:

axeptDESIGN, Berlin

Satz und Grafik:

ESM Berlin

Druck:

Kessler Druck + Medien, Bobingen

Ständige Autoren und Mitarbeiter:

Dr. Bernd Armbruster, Benjamin Haerdle (hbj),
Eva Keller (eke), Christine X. Müller, (cxm),
Harald Olkus (olk), Textagentur Café Europe

Titelfoto: colourbox

Verantwortlich gemäß Pressegesetz:

Christine Průsky, Berlin (für den redaktionellen Inhalt)

Anzeigenabteilung und Verlag:

RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation
Stefanie Kollenberg, Kaiser-Friedrich-Straße 90,
10585 Berlin; Tel.: 030 212987-31, Fax: -30
E-Mail: duz-anzeigen@raabe.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2013.

Kundenservice und Unternehmenssitz:

Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Ein Unternehmen der Klett-Gruppe
Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart
Postfach 103922, 70034 Stuttgart
Tel.: 0711 62900-16, Fax: 0711 62900-10
Geschäftsführer: Anneliese Grünzinger;
Stuttgart HRB 726594
Ust.-IdNr.: DE 813031443

Bezugsbedingungen:

Ein duz-Abonnement beinhaltet 22 Ausgaben
im Jahr (12 x duz MAGAZIN, 10 x duz EUROPA).
Der Jahresbezugspreis beträgt 144 Euro, der
Halbjahresbezugspreis 78 Euro (für Studierende,
Promovenden und Referendare 41 Euro). Alle Preise
verstehen sich inklusive 7 % Mehrwertsteuer und
Versandkosten, Inland. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit,
ausschließlich die duz EUROPA zu abonnieren. Der
Jahresbezugspreis beträgt 68 EURO (für Studierende,
Promovenden, und Referendare 35 EURO). Ermäßigte
Abonnements können nur direkt beim Verlag bestellt
werden. Die Abonnementrechnung wird Bezugs-, nicht
Kalenderjahr bezogen gestellt. Bei Lieferungsausfall
durch Streik oder höhere Gewalt erfolgt keine
Rückvergütung. Die Abo-Kündigung muss 6 Wochen
vor Ende des Bezugsjahres/-halbjahres beim Verlag
eingegangen sein.

ISSN-Nr. 1613 – 1290

© Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge
und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist
eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages
strafbar. Beiträge, die mit Namen oder Initialen des
Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem
Fall die Meinung der Redaktion oder des Verlages
dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie
Meinungsbeiträge von Autoren, die nicht der Redaktion
angehören, kann keine Haftung übernommen werden.
Der Verlag behält sich vor, Beiträge lediglich insoweit
zu kürzen, als das Recht zur freien Meinungsäußerung
nicht betroffen ist.

Haftungsausschluss für Anzeigeninhalte:

Für die Inhalte von Stellenangeboten und Werbe-
anzeigen sind die jeweiligen Inserenten verantwortlich.

Universitäten brauchen Internet-Vorlesungen

Nijmegen Die Vorlesungen ins Internet zu verlagern, hat der Psychologe Prof. Dr. Jan Derksen von der Radboud Universität Nijmegen vorgeschlagen. Damit hat er eine heftige Diskussion ausgelöst. Die Tageszeitung Volkskrant verteidigt diese Form der Lehre: „Die Vorlesung ist nicht nur eine effiziente Weise, in der eine Person in zwei Stunden fünfhundert Psychologie-Erstsemester erreichen kann. (...) Angesichts der Tendenz zur Verschulung bietet die Vorlesung die Möglichkeit, Studenten und Dozenten zu inspirieren und zu motivieren. (...) Die Aufgabe des Wissenschaftlers besteht nicht nur darin, Wissen zu produzieren, sondern auch darin, Wissen zu vermitteln. Wenn die Vorlesung abgeschafft wird – und damit die Universität als Lehreinrichtung –, dann degradiert Derksen den Wert des akademischen Wissens auf Wikipedia-Niveau.“

(*De Volkskrant*, 4. Januar 2013)

→ Internet: www.volkskrant.nl

Erasmus demokratisieren

Paris Hochschulministerin Geneviève Fioraso will Erasmus „demokratisieren“ und für mehr Studierende aller sozialer Schichten sowie zum außereuropäischen Mittelmeerraum hin öffnen. „In Frankreich könnte man so 50 000 Erasmus-Studenten pro Jahr erreichen gegenüber 31 000 heute. Wir wollen es stärker für technologische und berufsausbildende Richtungen öffnen. (...) In das Hochschulgesetz werden wir bezifferte Ziele zur studentischen Mobilität in die Verträge mit den Forschungszentren integrieren. Zudem sind die Departements, die Kompetenzen im Hochschulbereich erhalten, angehalten, höhere Stipendien bereitzustellen. (...) Gemeinsam mit Italien hatten wir bereits ein Programm für Hochschulforschung und -bildung in Marokko gestartet, das jetzt auf Forschungsprojekte innerhalb Algeriens ausgeweitet worden ist.“

(*Le Journal du Dimanche*, 9. Januar 2013)

→ Internet: www.lejdd.fr

Forschung wird zur Domäne von Amateuren

Coventry In Großbritannien wollen die sieben Forschungsräte, die öffentliche Fördermittel für Forschungsprojekte vergeben, Postgraduierte nicht weiter fördern. Prof. Dr. Thomas Docherty von der University of Warwick beklagt, dass das nicht nur der Wissenschaft schade, sondern auch der Wirtschaft. „Die wissenschaftlichen Errungenschaften gehen größtenteils auf den privaten Sektor über und sorgen dort für massiven wirtschaftlichen Nutzen (...). Gleichzeitig hat die Forschungs- und Entwicklungsarbeit in Unternehmen nachgelassen (...). Bereits mit hohen Schulden belastet, mit geringen Chancen auf Arbeitsplatz und Einkommen – welcher Student wird sich da für noch mehr Schulden entscheiden (...), um vier oder mehr weitere Jahre Forschung zu betreiben (...). Forschung wird zur Domäne der privilegierten, wohlhabenden (...) Amateure.“

(*University World News*, 19. Januar 2013)

→ Internet: www.universityworldnews.com

Längere Studien zu teuer

Brüssel Das Bildungsministerium der französischsprachigen Gemeinschaft Belgiens will die Lehrerstudiengänge von drei auf fünf Jahre verlängern. Der Bildungsökonom Dr. Robert Deschamps, Professor an der Universität Namur, lehnt das ab. „Viele junge Menschen können sich ein dreijähriges Studium leisten, nicht aber ein fünfjähriges. Eine Verlängerung des Studiums würde viele Anwärter abschrecken. Damit verstärkt sie den Lehrermangel (...) und hätte auch Folgen für den Haushalt. Zum einen würde die Zahl der Studenten steigen, weil sie länger studieren müssen. Zum anderen würden auch die Löhne der Lehrer steigen. Die Mehrkosten würden 700 Millionen Euro pro Jahr betragen und den Spielraum für andere Aufgaben auf Jahrzehnte massiv einschränken.“

(*La Libre Belgique*, 23. Januar 2013)

→ Internet: www.lalibre.be

Unabhängige Deutsche Universitätszeitung

Wissenschaft weiterdenken

duz MAGAZIN, EUROPA, SPECIAL

www.duz.de

www.duz-wissenschaftskarriere.de



Hintergrundinfos
zu Trends und Entwicklungen
aus Forschung, Lehre und
Wissenschaftsmanagement

Nachrichten
aus dem nationalen und
internationalen Hochschul-
und Wissenschaftsgeschehen

Empfehlungen
zu Namen und Netzwerken,
bemerkenswerten Projekten
und beispielhaften Vordenkern

... und die besten Jobs
für Nachwuchswissenschaftler,
Fach- und Führungskräfte im
großen akademischen Stellenmarkt

Ja, ich bestelle:

- () ein duz-Abonnement ab _____ zum halbjährlichen Bezugspreis von 78,00 Euro
- () ein duz-Abonnement ab _____ zum jährlichen Bezugspreis von 144,00 Euro
- () ein Abonnement duz EUROPA ab _____ zum jährlichen Bezugspreis von 68,00 Euro

Alle Preise inkl. 7% Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland.

Das Abonnement kann mit einer 6-wöchigen Frist jeweils zum Bezugs-halbjahresende bzw. Bezugsjahresende gekündigt werden.

Ermäßigte Preise für Studierende, Promovenden, Referendare (nur bei Direktbestellung).

Bitte senden Sie dieses Formular ausgefüllt per Brief oder Fax an:

RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation, Kaiser-Friedrich-Str. 90, 10585 Berlin, Fax 030 212987-30

Weitere Informationen und Online-Bestellmöglichkeit unter: www.duz.de

Name, Vorname _____

Institution / Firma _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Fon / Fax _____

E-Mail _____

Datum / Unterschrift _____

Ich bestätige durch meine 2. Unterschrift, dass ich davon Kenntnis genommen habe, diese Bestellung schriftlich innerhalb einer Woche durch Mitteilung an den RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation widerrufen zu können. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift _____

International Higher Education is the quarterly publication of the Center for International Higher Education.

The journal is a reflection of the Center's mission to encourage an international perspective that will contribute to enlightened policy and practice. Through *International Higher Education*, a network of distinguished international scholars offers commentary and current information on key issues that shape higher education worldwide. *IHE* is published in English, Chinese, Russian, and Spanish.

International Issues

- 2 Can Young Universities Achieve World-Class Status?
Jamil Salmi
- 4 Another Week, Another Scandal: Immigration Dilemmas
Philip G. Altbach and Liz Reisberg

Internationalization

- 6 Reconsidering the Concept of Internationalization
Hans de Wit
- 7 Mapping Internationalization in the United States
Patti McGill Peterson and Lindsay Mathers Addington
- 9 Five Models of International Branch Campus Ownership
Jason E. Lane and Kevin Kinser

Economic Challenges

- 11 Is Postsecondary Education Affordable?
Sandy Baum and Saul Schwartz
- 13 Strategies for Meeting Demand with Fewer Resources
Arthur M. Hauptman

Asia Focus

- 15 Cambodia: Subprime Degrees?
David Ford
- 16 Is a World-Class University Possible in Rural Bihar?
Philip G. Altbach

African Issues

- 18 Higher Education for Development in Rwanda
Rebecca Schendel, Molly Mazimhaka, and Chika Ezeanya
- 19 African Students in India: Patterns of Mobility
P. J. Lavakare and K. B. Powar

Countries and Regions

- 21 The Western Balkans: A Higher Education Problem Area
Paul Temple
- 23 Should Japanese Universities Shift the Academic Calendar?
Yukiko Shimmi

The Vintage Handicap: Can a Young University Achieve World-Class Status?

JAMIL SALMI

Jamil Salmi is a global tertiary education expert, the former World Bank tertiary education coordinator. E-mail: jsalmi@tertiaryeducation.org. Material for this article comes from Jamil Salmi, The Challenge of Establishing World-Class Universities. Washington DC: World Bank, 2009 and Philip Altbach and Jamil Salmi, eds., The Road to Academic Excellence: The Making of World-Class Research Universities. Washington DC: World Bank, 2011.

What chance does a university stand to be among the best, if it does not have hundreds of years of experience? The top 10 universities in the latest Shanghai Academic Ranking of World Universities ranking (2011) were all founded before 1900, and two are more than eight centuries old. As is the case with good wines, academic excellence requires a wealth of expertise, careful care, and a long maturity period.

However, this notion has been challenged recently on several counts. First, the regular publication of annual global rankings appears to imply that significant progress could be expected from one year to the other. Second, the decision of several countries to step up investment in support of their elite universities, under various “Excellence Initiatives,” shows their determination to obtain drastic improvement within a few years. Finally, several universities were recently created in emerging economies (i.e., Kazakhstan and Saudi Arabia), with the declared ambition of rapidly becoming “world-class.”

Based on the publication of the first “Under Fifty” ranking by *Times Higher Education*, which lists the most promising emerging universities in the world, is it realistic to believe that a university could reach the top at an accelerated pace? To address this question, this article draws on the findings of recent publications, which have looked at the challenge of establishing world-class universities.

THE WEIGHT OF TRADITION

The conceptual framework developed to understand the outstanding results of world-class universities—highly sought graduates, leading-edge research, and dynamic technology transfer—singled out three complementary sets of factors at play: (a) a high concentration of talent (faculty and students), (b) abundant resources to offer a rich learning environment and facilitate advanced research, and (c) favorable governance features that encourage strategic vision, in-

novation, and flexibility.

Looking at these factors, clearly there is no shortcut for achieving the concentration of academic and financial resources needed, to become a world-class university. Developing a strong culture of excellence, especially in research, is the result of incremental progress and consolidation over several decades, sometimes centuries.

But being an old university is no guarantee of academic excellence. The first Shanghai global ranking, published in 2003, did not give historical brand names, such as Bologna (ranked 201–251), Heidelberg (ranked 58), or Sorbonne (ranked 65)—a standing commensurate with their international reputation. These institutions simply did not stack up against universities with adequate funding, modern governance, research talent, and institutional autonomy—absolutely fundamental elements of a world-class university.

THE FAST MOVERS

Four of the case studies, analyzed in *The Road to Academic Excellence*, document examples of new institutions, which have achieved preeminence in a few decades. The most successful four institutions, using the criterion of their position in the Shanghai and *Times Higher Education* rankings, are the Indian Institutes of Technology, the National University of Singapore, Hong Kong University of Science

There is no shortcut for achieving the concentration of academic and financial resources needed, to become a world-class university.

and Technology, and the Pohang University of Science and Technology, in South Korea. The South Korean and Hong Kong universities came first and third in the “Under Fifty” ranking.

From the beginning, the Hong Kong University of Science and Technology has benefited from a unique combination of favorable factors. At a critical moment of transformation for the entire territory, as a result of the handover to China, the new university was established with a clear vision, strong leadership, an outstanding academic body, an innovative educational model, ample resources, and a supportive governance framework.

Is this example too exceptional to offer useful lessons? The various case studies documented in *The Road to Academic Excellence* highlight important generic elements. Among the key “accelerating factors” supporting the quest for excellence, the most influential appears to be reliance on

the diaspora. As shown by the cases of the Pohang University of Science and Technology and Hong Kong University of Science and Technology, bringing overseas scholars back to their country of origin is an effective way of rapidly building up the academic strength of an institution. Combined to this, a second element seen in the case studies is the use of English as the main working language, which enhances greatly the ability of an institution to attract highly qualified foreign academics, as the National University of Singapore has managed to accomplish.

Among the key “accelerating factors” supporting the quest for excellence, the most influential appears to be reliance on the diaspora.

Concentrating on niche areas, such as the science and engineering disciplines, is a third manner of achieving a critical mass more rapidly, as illustrated by the experiences of the Pohang University of Science and Technology, the Indian Institutes of Technology, and the Hong Kong University of Science and Technology. Two of the most dynamic European institutions, ETH Zürich (Federal Institute of Technology of Zürich) and EPFL Lausanne (Federal Institute of Technology of Lausanne), are also engineering schools.

A fourth approach consists of using benchmarking to orient an institution’s upgrading efforts. Shanghai Jiao Tong University, for instance, anchored its strategic planning work in careful comparisons with leading Chinese universities, first, moving later to include peer foreign universities in the benchmarking exercise.

A final way of driving improvements quickly is to introduce curriculum and pedagogical innovations. The Hong Kong University of Science and Technology, for example, was the first US-style university in Hong Kong. The Higher School of Economics in Moscow was among the first Russian institutions to offer a curriculum that integrates teaching and research. These kinds of innovative features—part of the “late comer advantage”—are crucial for new institutions seeking to entice students away from existing universities.

The trajectory of the universities analyzed in *The Road to Academic Excellence* suggests that it may be easier to reach world-class status by establishing a new institution than by attempting to upgrade an existing one. This does not mean that it is impossible for an existing university to improve significantly, but it is more challenging to create a culture

of excellence where one did not flourish. The Danish University of Aarhus has been undergoing impressive changes under the impetus of an innovative rector, keen on encouraging progress “without a burning platform,” just as the University of the South Pacific’s vice-chancellor has been leading strategic change under the banner of “good is not good enough.”

CONCLUSION

Today’s leading universities are enjoying what could be called the “vintage” element. But, in recent years, the recognition that tertiary education is part of a country’s competitive advantage has changed how governments look at the role of universities. There is a growing belief that, with proper leadership and investment, existing universities can be drastically transformed into world-class institutions, over a relatively short period. While not impossible, creating a top university—through upgrading—poses, however, greater challenges than developing a new institution from scratch.

In either case, it is clear that building excellence remains a long-term endeavor, requiring measured approaches for sustainability. Even those institutions able to take advantage of the kinds of accelerating factors, mentioned

Concentrating on niche areas, such as the science and engineering disciplines, is a third manner of achieving a critical mass more rapidly,

in this article, should bear in mind that taking a research university to the top requires decades of relentless efforts. Unlike a vintage wine which will vary in taste and quality from year to year, a university on the path to academic excellence should stay the course and keep the long view at all times. As Daniel Lincoln recently wrote, “excellence, like all things of abiding value, is a marathon, not a sprint.” ■

Another Week, Another Scandal: Immigration Dilemmas and Political Confusion

PHILIP G. ALTBACH AND LIZ REISBERG

Philip G. Altbach is Monan University Professor and director of the Center for International Higher Education at Boston College. E-mail: altbach@bc.edu. Liz Reisberg is a consultant on higher education. E-mail: liz@reisberg.org. (This article appeared in University World News on September 16, 2012.)

Immigration regulations for international students seem to be changing somewhat unpredictably of late, in major receiving countries. In several English-speaking nations, immigration regulation has become a significant policy issue, and international students are the frequent focus of recent crackdowns. These changes have the potential for altering the landscape of global student flows and might even slow the increases in student numbers of the past two decades. In this context, the expansion of recent years might actually have been a temporary “bubble.”

RECENT SCANDALS

The latest crisis involved London Metropolitan University (LMU), an institution with one of the largest enrollments of international students in the United Kingdom. The UK Border Authority withdrew its “highly trusted sponsor” status from the university, after an audit revealed that a significant number of international students did not have appropriate or adequate documentation to remain in the United Kingdom, adequate English-language skills, or had not registered for classes. Some of these students may need to return to their home countries. Other international students, legitimately enrolled, are panicked. A large percentage of London Metropolitan University’s international students come from India. As explained by the manager of a firm that places students at UK universities (quoted recently in the *Guardian* newspaper): “We divide the market into two categories: the university market for genuine students and the immigration market.” The challenge for immigration authorities is how to distinguish the two groups, when both arrive with student visas. Many observers see the LMU case as the tip of the iceberg of questionable admissions and recruiting practices in the United Kingdom.

Scandals have made national headlines in the United States, as well. In August 2012, the head of Herguan University in California was arrested on charges of visa fraud. This follows the similar case of Tri-Valley University, and both serve mainly Indian students with little intention of

studying. Both appear to have operated profitably as “visa mills.” As neither institution is duly accredited, one has to wonder why these were authorized to issue student visas at all.

But there are different levels of misdeeds, and not all merit an immediate and draconian response. The US State Department caused mayhem last May after determining that 600 instructors, attached to Chinese government-sponsored Confucius Institutes, were inappropriately documented and would have to leave the country immediately and then reapply for visas in order to return. In this case there was no subterfuge, only a seemingly innocent misunderstanding of confusing visa regulations. In the end, no instructors were deported, but the way the State Department handled the incident came close to causing a major diplomatic tangle with the Chinese government.

POLITICAL PRESSURE AND POLITICAL RESPONSE

It seems that there is a “perfect storm” of concern over the movement of individuals across borders. In North America, Europe, and Australia, the issue of immigration is increas-

Immigration regulations for international students seem to be changing somewhat unpredictably of late, in major receiving countries.

ingly present in political discourse. Perhaps reacting to job losses due to the economic recession and a general conservative trend in many countries, immigration has become a political “hot button.” The United Kingdom, for example, has a policy goal to reduce immigration into the country. In many other European countries, immigration is politically sensitive, often used by populists on the extreme right as a central and provocative theme. Many US states have made illegal immigration a political focus.

Australia seems to vacillate between wanting more and wanting less immigration. In a move earlier this year, graduating international students will now be allowed to remain to work for two to four years (up from a previous limit of 18 months) without any restrictions on the type of employment

Malaysia wants more foreign students but recently introduced new restrictions to constrain the flow. The government now requires students to demonstrate that they have been accepted to a higher education institution before entering the country, also that international students study Bahasa Malaysia during their first year and that they buy

medical insurance. These new measures are indicative of an international trend toward greater regulation.

More governments are concerned that the flow of international students needs more oversight and controls. In the past, academic institutions have been given considerable leeway over the admission of international students and the subsequent granting of study visas. Immigration authorities relied on academic institutions to ensure that only qualified, legitimate students are recommended for visas. Recent events indicate that a segment of educational institutions, typically those highly dependent on income from international students, may be taking advantage of their freedom as gatekeepers and not behaving “in the spirit of the law.”

Scandals have made national headlines in the United States, as well.

PROTECTION FOR WHOM?

International students are easy targets in this rarified environment. As a transient group they are not well-positioned to become a political force or to create a lobby to speak for them. But importantly, they are less of a threat than other temporary visitors. Unlike tourists who enter countries and are impossible to track afterwards, international students are registered at an educational institution and entered into immigration databases.

International students are also particularly vulnerable to exploitation. They are subject to confusing and changing laws that they can only barely comprehend, evidenced in the debacle with the instructors of the Confucius Institutes. These students and scholars are likely to accept (and often pay for!) advice from others, who may not have the student’s best interest at heart. They are also less likely to know the rights and protection available to them in another country, raising concerns in Australia that the new work privileges will encourage unscrupulous employers to exploit this new class of foreign workers.

Much as governments need to protect visas programs from abuse, so students need to be protected from abusers.

THE NEW ETHOS

The landscape of international higher education has changed in recent years and this contributes to the necessity of screening students more carefully. Some academic institutions rely on international students to balance the

budget. At these institutions, international students have become a “cash cow.” Australia is the best example—with government policy for several decades encouraging earning revenue through international endeavors. While the United States has no national policy concerning international ventures, several states—notably, New York and Washington—have determined that income from international students should be an important part of a public institution’s financial strategy. At some institutions, international students now represent the difference between enrollment shortfalls and survival, due to changing demographics in their traditional student market.

It is worth noting that some receiving countries welcome international students without the same degree of “commercialization.” Canada, for example, while it does charge international students higher fees, permits highly skilled graduates from abroad to remain in the country after completing their studies. In the Canadian case, international students promise an influx of talent as well as additional revenue. Germany, Norway, and several other European countries do not charge fees to international students.

Internationalization has presented new opportunities for commercialization in countries where institutions have a long history of autonomy. Institutional leaders who represent a new ethos, more attentive to revenue than to educational integrity or quality, are free to subsume various dimensions of the academic enterprise—including admissions, student supervision, degree qualifications—to the bottom line.

This new ethos is evident where universities have outsourced overseas, recruiting to agents and recruiters who are paid commissions for delivering applications and enrolling international students. Of course, the introduction of third-party recruiter adds another level of interaction between the university and the student giving immigration authorities additional reason for concern about how students are screened for admission and visas.

ADDRESSING THE PROBLEM

The general reaction from the academic community has been negative to the imposition of additional governmental restrictions concerning overseas students and other aspects of international higher education. Few people acknowledge the seriousness of the problem and express concern that stricter immigration policies will reduce international enrollments and contribute to an “unwelcoming” image overseas.

The problem is that immigration and border enforcement agencies tend to respond, by applying legal and bureaucratic rules that lack nuance. Considering that the majority of the millions of internationally mobile students are

qualified for the programs, where they are enrolled, and that they contribute intellectually as well as economically to the institutions that host them, dramatic changes in immigration should be contemplated carefully. When individuals enter a country in violation of immigration regulations, they are (and should be) subjected to sanctions. When institutions ignore rules or admit unqualified students, they should be subjected to penalties or legal action. In some cases, they are closed down. This is inevitable.

In fact, governments do need to bring some additional discipline to the management of international higher education, particularly where financial interests may determine institutional policy and practice. But this needs to be done in a way that does not penalize everyone. ■

Reconsidering the Concept of Internationalization

HANS DE WIT

Hans de Wit is professor of Internationalisation of Higher Education at the Amsterdam University of Applied Sciences, Netherlands, and director of the Centre for Higher Education Internationalisation of the Università Cattolica Sacro Cuore, in Milan, Italy. E-mail: j.w.m.de.wit@hva.nl.

The International Association of Universities has started to rethink the internationalization process and practices, so as to position internationalization and its underlying values in the current global knowledge society (www.iau-aiu.net). Beyond just radical change of its concept, one should go back to its original meaning and foundation and understand which contextual factors are influencing the original image and requiring further fine-tuning.

A RELATIVELY YOUNG CONCEPT

Contrary to what many people assume, the significance of internationalization in higher education is not older than two decades. Before the 1990s, the collective term used was “international education.” This was less a concept than an umbrella term, to embrace a whole series of fragmented and rather unrelated international activities in higher education: study abroad, foreign student advising, student and staff exchange, development education, and area studies. Only in the last two decades could one observe a gradual transition from the use of “international education” to “internationalization of higher education,” and the creation of a more conceptual approach to internationalization.

Several factors—such as, the fall of the iron curtain, the European unification process, and the increased globalization of our economies and societies—played a role in this transfer from a fragmented and marginal notion of “international education” to a more integrated, that is, “comprehensive” concept of internationalization.

WHY RETHINKING THE CONCEPT?

If internationalization is still a relatively young concept, there is even a need for rethinking—based on a number of main factors. In the first place, the discourse of internationalization does not seem to always associate the reality, in which internationalization is still more a synonym of international education—i.e., a summing up of fragmented and rather unrelated terms—than a comprehensive process and concept. In that respect, one has to consider the NAFSA: Association of International Educators report, by John Hudzik, “Comprehensive Internationalization: From Concept to Action” (www.nafsa.org/cizn), more as a wake-up call than as the introduction of a new concept. Comprehensive internationalization is a tautology: internationalization is not internationalization if it is not comprehensive, and then it is old-fashioned international education.

Contrary to what many people assume, the significance of internationalization in higher education is not older than two decades.

The further development of globalization, the increase of commodification in higher education, and of the notion of a global knowledge society and economy have also resulted in a new range of forms, providers, and products—such as, branch campuses, franchises, and trade in education services. In addition, as a consequence now, sometimes even conflicting dimensions, views, and elements are emerging in the discourse of internationalization.

Also, the international higher education context is rapidly changing. Until recently, “internationalization” like “international education” was predominantly a Western phenomenon, in which the developing countries only played a reactive role. The emerging economies and the higher education community in other parts of the world are altering the landscape of internationalization. Moving away from a Western, neocolonial concept, as several educators perceive “internationalization,” this principle has to incorporate these emerging other views.

DE-INTERNATIONALIZATION?

Africa—a region with numerous academics with a foreign degree, graduates with a study-abroad experience, as well as imported knowledge and concepts from abroad—probably holds a more internationalized education than any other region. But the impact of that situation is not necessarily positive, and maybe initially Africa needs to go through a process of de-internationalization and liberate itself from these external influences, before it can develop its own position in the global knowledge society.

Furthermore, the discourse on internationalization is overly dominated by a small group of stakeholders: higher education leaders, governments, and international bodies. Other stakeholders, such as the professional field, and in particular the faculty and the student voice are far less heard. Thus, the discourse is insufficiently influenced by those who should be mostly impacted by it.

Related to the previous point, too much of the discourse

The discourse of internationalization does not seem to always associate the reality, in which internationalization is still more a synonym of international education.

is oriented to the national and institutional level, with little attention for the program level: research, the curriculum, and the teaching and learning process—which should be more at the core of internationalization, as expressed by movements such as “Internationalization at Home.”

MORE ATTENTION TO ETHICS NEEDED

In the sixth place, internationalization is too much input/output focused—a quantitative approach on numbers, instead of an outcome-based approach. Also, discourse has consisted too little attention on norms, values, or ethics of internationalization practice. The approach has been too pragmatically oriented toward reaching targets, without a debate on the potential risks and ethical consequences. The recent debates on the use of agents in the United States—the problems with diploma fraud and the lack of quality assurance on cross-border delivery—illustrate the need for more attention to the ethics and values of internationalization.

A last point, based on the need for rethinking of internationalization, is the increased awareness that the notion of “internationalization” is not only related to the relation

between nations but even more seriously to the relation between cultures and between the global and local.

All these points are rationales for rethinking internationalization. The inclusive reason is that internationalization of higher education is considered much as a goal in itself, instead of as a means to an end. Internationalization is a strategy for enhancing the quality of education and research. That objective is too much forgotten in striving for quantitative goals. The rethinking exercise initiated by the International Association of Universities, more than an attempt to redefine the still young concept of internationalization, has to be a call for action to bring the core values and objectives of internationalization back to the forefront. ■

Mapping Internationalization: Accelerated Activity with Mixed Results

PATTI MCGILL PETERSON AND LINDSAY MATHERS ADDINGTON

Patti McGill Peterson is presidential adviser for Global Initiatives, American Council on Education. E-mail: PPeterson@acenet.edu. Lindsay Mathers Addington is senior program specialist, American Council on Education. E-mail: LAddington@acenet.edu. Download the report and supporting documents: www.acenet.edu/go/mapping.

It is essential to understand how US higher education institutions are internationalizing themselves—to address the goal of preparing graduates for productive lives in a society that increasingly operates across international borders. A strategic and comprehensive approach to internationalization is critical to meeting that goal.

SURVEYING INTERNATIONALIZATION ON US CAMPUSES

To analyze the reality of internationalization on US campuses, the American Council on Education recently surveyed accredited, degree-granting institutions across the United States, to assess the current state of internationalization and to examine progress since the research was last conducted, in 2006. As the third report in 10 years, *Mapping Internationalization on U.S. Campuses: 2012 Edition* represents the only comprehensive source of data on internationalization in US higher education institutions, from all sectors.

The research inspected colleges' and universities' internationalization and global efforts across six critical areas, based on the Center for Internationalization and Global Engagement's definition of comprehensive internationalization: a coordinated process that seeks to align and integrate international policies, programs, and initiatives along several dimensions. These include articulated institutional commitment; administrative structure and staffing; curriculum, cocurriculum, and learning outcomes; faculty policies and practices; student mobility; and international collaboration and partnerships.

POSITIVE ADVANCES IN COMPREHENSIVE INTERNATIONALIZATION

Among the most striking findings from the 2011 data is that institutions' perceptions about the level of internationalization activities on their campuses are quite positive, with the majority reporting that internationalization efforts are increasing on their campuses.

To analyze the reality of internationalization on US campuses, the American Council on Education recently surveyed accredited, degree-granting institutions across the United States.

More attention is being paid, based on internationalizing some aspects of the curriculum. In 2011, a modest increase (4%) occurred among institutions—requiring undergraduates to take a course featuring global trends and issues, as part of general education programs. Even more significant were the increases across all sectors in the institutions developing global student learning outcomes—up 10 percent since 2006. Of institutions that have such outcomes, the majority of institutions assess them, primarily through course assessments or program evaluations. Assessing progress reinforces the articulated commitment to internationalization. These are all positive signs for internationalizing the curriculum.

More institutions are considering international background, experience, and interests in hiring faculty in fields that are not explicitly international or global. Of institutions, 68 percent indicated they give such preference, which is a sharp increase from the 32 percent of institutions doing so in 2006. Faculty plays a critical role in achieving the ultimate goal of comprehensive internationalization—

student learning—and, hiring practices are an important indicator that institutions recognize the authority of faculty in this process.

Student mobility continues as a focus with more institutions dedicating funding and resources in this area. More institutions are investing in sending domestic students abroad by providing institutional scholarships for students to use toward such programs. In 2011, 9 in 10 doctoral institutions had such funding available, with approximately two-thirds of master's and baccalaureate institutions and one-quarter of associate and special focus institutions. Additionally, a greater number of institutions are funding faculty to take students abroad than in prior years. Looking at student mobility from the other direction—the inward flow of international students—more institutions are also dedicating resources to this initiative. A majority of doctoral, master's, and baccalaureate institutions provided scholarships or other financial aid for international undergraduate students in 2011, and more institutions funded travel for staff to recruit this population of students. Overall, 31 percent of institutions fund such travel—ranging from 13 percent of special focus institutions to 78 percent of doctoral institutions.

Colleges and universities recognize that global education is critical to their missions, even given the high-stakes budget pressure that they have experienced in the past few years. Among institutions reporting an accelerated focus on internationalization since 2008, funding for these efforts has increased or remained steady at many institutions. However, despite this dedication of resources and progress in some areas, the results of the survey shed light on elements in which US campuses can improve.

CONCERNS IN COMPREHENSIVE INTERNATIONALIZATION

Though perceptions about internationalization were positive and certain areas saw improvements, the general optimism is not always grounded in reality as some findings showed.

Some troubling trends occur in the data about curriculum that raise a concern about depth versus breadth. Despite slight increases in institutions offering courses directed on global issues, institutions that require undergraduates to take courses based on perspectives and issues from other countries or regions decreased across all sectors, as did institutions with an undergraduate foreign language requirement for graduation. These are essential areas if institutions are serious about global learning goals for students.

Though positive gains were seen in hiring faculty with international backgrounds, the number of institutions supporting faculty in acquiring or furthering their international knowledge and skills decreased. In 2011, for example, decreases were seen in institutions funding faculty to study

or conduct research abroad and in offering on-campus opportunities such as workshops on internationalizing the curriculum. Institutions that have guidelines specifying international work or experience as a consideration in faculty promotion and tenure decisions have remained the same—at only 8 percent, since 2006. This stands in sharp contradiction to the willingness of institutions to consider these factors in faculty hiring.

While efforts to recruit international students are on the rise, the data did not show a commensurate increase in support services for this population of students or in activities that facilitate interaction and mutual learning with American peers. Comprehensive internationalization requires careful planning for the integration and support of international students into campus life.

Though positive gains were seen in hiring faculty with international backgrounds, the number of institutions supporting faculty in acquiring or furthering their international knowledge and skills decreased.

CONCLUSION

In an era of tight budgets and competing demands, clearly institutions must prioritize their internationalization activities and initiatives. As evidence of this, the data showed that some colleges and universities are taking action in certain areas, to increase the level of internationalization on their campuses. However, comprehensive internationalization—a process that requires a deep commitment across the institution, a dedicated team of senior campus leaders, and the support of numerous constituents—cannot be accomplished by focusing on just one element or several discrete pieces.

Moving forward, the US higher education community will need to develop and share successful comprehensive internationalization models that enhance traditional paradigms but also create new ways to bring global learning to nontraditional students. Ultimately, strategies for internationalizing colleges and universities will need to reflect the rapidly changing global environment. ■

Five Models of International Branch Campus Facility Ownership

JASON E. LANE AND KEVIN KINSER

Jason E. Lane is associate professor of educational administration and policy and director of Education Studies at the Rockefeller Institute of Government, and co-director of the Cross-Border Education Research Team at the State University of New York at Albany. E-mail: jlane@albany.edu. Kevin Kinser is associate professor of educational administration and policy, provost's fellow for internationalization collaborations and initiatives, and co-director of the Cross-Border Education Research Team at the State University of New York at Albany. E-mail: kkinser@albany.edu.

IHE dedicates an article in each issue to a contribution from the Cross-Border Education Research Team (C-BERT), headquartered at the State University of New York at Albany. More information about C-BERT can be found at www.globalhighered.org.

Setting up an overseas campus can be a costly endeavor. One reason is the expense associated with building and maintaining a physical infrastructure in another country. In fact, mentioning an international branch campus (IBC) causes many people to think of small replicas of the home campus, set up in a foreign desert or jungle. However, only a handful of campuses are comprised of buildings and grounds that would be identifiable as a setting for higher learning. Even when they do have a full campus in the traditional sense, many do not actually own the facilities that they use. For example, the University of Nottingham's campuses in China and Malaysia have replicas of the iconic bell tower located on the UK campus; yet, they do not actually own those buildings.

Our many site visits to IBCs revealed a range of campus types. While some have many buildings, others have only a few rooms. Some are rented; others are fully owned by the home campus. Still others use space provided by partners, which is, however, not owned or rented by the home campus. However, information on this topic has remained largely anecdotal. So, when an international survey of IBCs was conducted, the ownership arrangements of their campus was specifically questioned.

SURVEY METHODS AND IBC DEFINITION

The survey, conducted in the fall of 2011, was distributed to 180 institutions that met the definition of an entity that is owned, at least in part, by a foreign education provider; operated in the name of the foreign education provider; en-

gages in at least some face-to-face teaching; and provides access to an entire academic program that leads to a credential awarded by the foreign education provider. The only reference to the facilities is that there must be a physical location and space for face-to-face teaching. The mention of ownership in this definition refers to the corporate entity and does not necessarily mean ownership of the campus. Each respondent was asked to describe the ownership of their facilities, and then their written responses were analyzed.

Setting up an overseas campus can be a costly endeavor. One reason is the expense associated with building and maintaining a physical infrastructure in another country.

Information on ownership was received from 50 international branch campuses. The findings revealed five basic types of ownership patterns: (1) wholly owned by the home campus, (2) rented from a private party, (3) owned by the local government, (4) owned by a private partner, or (5) owned by an educational partner.

WHOLLY OWNED

The most common ownership arrangement (14 IBCs; 28%) was for the home campus to wholly own the facilities of the IBC. This was somewhat surprising as the arrangement has the most financial risk associated with it. The development of a bricks and mortar campus can be quite costly; and should something go wrong (e.g., enrollments drop or the government changes the regulations), it may be difficult to recover the sunk costs if the campus operations are forced to close or be altered. However, it can also provide a level of stability as the home campus does not have to coordinate with a separate organization, in terms of the use or upkeep of the facilities. It also reduces the likelihood of a partner trying to leverage their ownership of campus to influence academic operations.

GOVERNMENT PARTNERS

After the wholly owned campus, the next most frequently cited arrangement (11 IBCs; 22%) was for the local government to subsidize the cost of, and thereby own, the local campus. This model seems to be most common, where governments see IBCs as part of their economic growth strategy and want to provide incentives to attract specific institutions. Depending on the country, ownership can be

by either local or national governments. In Qatar, the development of Education City, and the building of campus facilities, is handled by the Qatar Foundation, which is sponsored by the national government. Whereas, in Australia, Malaysia, and Europe, there are examples of local and state governments, investing in the facilities as a way to attract foreign institutions—which would help support local economic growth. In fact, at least two examples were found of local governments stepping up to build facilities for IBCs after the national government refused to support the development of a new public university in their region.

PRIVATE INVESTORS

A third ownership structure is found when a foreign academic institution (10 IBCs; 20%) partners with a local private partner, usually an investment firm or property developer, to build the campus. In these cases, the private partner sometimes receives a stake in the revenues produced by the IBC, or they use the IBC as an “amenity” to help sell other property they own in the immediate vicinity.

RENTING

Nine (18%) of the institutions rent their campus space. A couple of the rented facilities were located in Europe, but most of these institutions were located in Dubai Knowledge Village or Dubai International Academic City, which were designed primarily as a real estate development for foreign institutions to rent space. In this model, multiple institutions rent similar space in the same buildings or nearby buildings, creating a sort of shopping mall effect, whereby students have many academic options available to choose from. One of the more costly aspects of this endeavor is that the campuses had to pay for the furnishing and fixtures in addition to renting the space. In some instances, renting seems to be a transitional phase, as some institutions later build their own stand-alone campus buildings, moving out of the nearby rental facilities.

ACADEMIC PARTNERS

Finally, in a very interesting arrangement, the IBC (6 IBCs; 12%) is housed within the academic facilities of another campus. This partnership, of which examples were found in Asia and the Middle East, does not count as a dual or joint-degree program, as there is no academic partnership in place. Instead, the IBC uses the facilities to offer stand-alone academic programs. It is located in facilities owned by another college or university but operates separately from the other institution.

CONCLUSION

While the label “international branch campus” can imply that the ownership or condition of facilities is important

in the model, most operating definitions only require that there be a physical presence in a foreign country. The research has revealed that IBCs actually come in many shapes and sizes, ranging from rented storefronts to government subsidized architectural wonders. These data reveal five models that universities use when seeking to establish an IBC's physical plant. It is important to note, however, that the use of these models will be limited, based on local regulations (e.g., some countries do not allow foreign ownership of facilities), as well as the ability to find a willing government, private, or academic partner to provide the space. Each arrangement comes with its own set of opportunities and obstacles. Wholly owned endeavors provide some stability and freedom from external interference but also pose a financial risk, should the enrollments not meet projections or government hospitality lapse. Partnering reduces the financial risks, but could lead to outside interference in academic affairs. While the models of facility ownership have been identified, more research is needed to understand their operational implications. ■

Is Postsecondary Education Affordable?

SANDY BAUM AND SAUL SCHWARTZ

Sandy Baum is a senior fellow at the George Washington University Graduate School of Education and Human Development. E-mail: sbaum@gwu.edu. Saul Schwartz is a professor in the School of Public Policy and Administration at Carleton University, Ottawa, Ontario, Canada. E-mail: saul_schwartz@carleton.ca. See the related working paper, Baum and Schwartz, "Toward a Realistic Conception of Postsecondary Affordability" (http://gsehd.gwu.edu/documents/gsehd/research/Working%20Paper%20Series/WPS2.2_Baum_web.pdf) and policy brief, <http://www.ihep.org/publications/publications-detail.cfm?id=156>.

The evolution of higher education from a privilege for the elite to an economic and social necessity for broad segments of the population has created financing challenges, along with new opportunities, for students and their families. Governments that were able to provide free or low-priced access to universities for the select few have found it necessary to charge rising levels of tuition, even as less-affluent citizens aspire to enroll. In a number of countries—including Canada, Chile, and England—students have taken to the streets to protest tuition policies.

Students are less militant in the United States; but there, as elsewhere, rising college prices and stagnating incomes have led to the widespread perception that postsecondary education is “unaffordable” for more and more people.

Yet, it is not obvious what “unaffordable” means. What price is relevant—the published price of postsecondary study, the price people actually pay, or the price people should be expected to pay? Efforts to increase educational opportunity can be hindered if policymakers do not have a clear idea of the meaning of an “affordable” or “unaffordable” education.

THE SUBJECTIVITY OF WHAT STUDENTS CAN PAY

Purchases are objectively unaffordable if people do not have access to the cash to pay the asked-for price. While this may be the case for some potential postsecondary students, the widespread availability of government-sponsored student loans and grants makes this absolute constraint relatively uncommon. Rather, postsecondary study is considered unaffordable because it is expensive, requires the sacrifice of other goods and services, or involves the accumulation of debt.

Thus, affordability is subjective. Some parents make great sacrifices, in order to pay for the education of their children. Others, with greater resources, are unwilling to sacrifice current consumption for the uncertain benefits of higher education. The difference between these parents relates not only to their incomes but also in their preferences and priorities.

In addition, the status quo is the reference point for judging affordability. Québec students, with the lowest tuition in North America, took to the streets this past spring, when higher tuition rates were proposed—despite the relatively low charges there. German states introduced tuition fees in 2006, but protests by German students have contributed to a return to zero tuition in some cases.

NET PRICE

Perceptions of the price of postsecondary tuition are distorted by the visibility of published or “sticker” prices and the reality that many students pay significantly lower prices. Government-funded grant aid, institutional scholarships, tax credits, deferred payment through subsidized loans, and subsidies from other sources create a complex system that clearly lowers the price of education for some students but also makes predicting and understanding the price very difficult.

The gap between net price and actual price can be large. In 2007/08, the latest year for which data are available, low-income American students received enough grant aid, on average, to cover all tuition and fees at public two-year and four-year colleges. Nonetheless, that fact had little impact

on the perception that rising prices put college out of reach for all but the most affluent students. In addition, to a lack of understanding of net prices, there is substantial evidence that most people overestimate the published prices. Policymakers must give careful consideration to policies that ensure both that postsecondary education is actually affordable and that it is perceived as affordable.

POSTSECONDARY EDUCATION AS AN INVESTMENT

One reason to care about affordability is that postsecondary education can provide low-income students with the opportunity to obtain better jobs and, as a result, to earn higher incomes over the long-term. Implicit in that concern is that postsecondary education is an investment that pays off over the life of the student. In the countries with high tuition, conversations about whether or not college is affordable would be strengthened by a focus on how much debt students can afford to repay—rather than how much of their current incomes parents can afford to devote to a year of college for their children.

Yet, it is not obvious what “unaffordable” means. What price is relevant—the published price of postsecondary study, the price people actually pay, or the price people should be expected to pay?

Many students borrow to pay postsecondary costs. On average, these students can expect to repay their loans out of the earnings premium that results from their education. However, despite the high-average return to postsecondary education, the earnings of individuals vary at each level of educational attainment; college does not pay off well for everyone. Even if the expected return is high enough to make going to college a good economic choice, the risk of ending up with low earnings and an unmanageable debt burden may make the investment unappealing to some potential borrowers. The riskiness of the investment affects perceived affordability.

While the investment perspective implies that family income is not relevant, as long as there is no constraint on how much students can borrow, the funds that well-off parents give to their children diminish their need to borrow. In a more equitable world, all students would receive the same total subsidy, either from parents or from other sources.

Government and institutions would fill the gap for students whose parents are in no position to pay.

CONCLUSION

As policymakers attempt to address the problem of funding postsecondary education in an environment of rising prices, strained government budgets, and limited household resources, it is useful to think about what it really means for postsecondary education to be affordable.

Many students borrow to pay postsecondary costs.

Affordability is subjective. It depends on preferences as well as available resources and prices. Moreover, judgments about whether or not prices are too high depend on familial expectations and on views about how the cost of education should be shared between students and society. Those judgments are also affected by the status quo; when low tuition is increased, concerns about affordability also increase—even if the new level of tuition remains low compared to higher tuition systems.

While many students and families confront real difficulties paying for study, the perception of affordability is sometimes worse than the reality—because both people believe published prices are higher than they actually are and also many students and families are unaware of the magnitude of the financial aid available to them.

Postsecondary education is an investment with a high-average rate of return, but it is an uncertain investment that does not always pay off. A weak economy increases the uncertainty associated with the level and timing of the return to this investment. This uncertainty may make postsecondary study seem unaffordable.

The costs and risks associated with postsecondary education are most detrimental for students whose families are unable to provide significant financial assistance. Grant aid for low- and moderate-income students can substitute for parental support, reducing the extra risk that low-income students take on because of their greater need to borrow. ■

Strategies for Meeting Rising Demand, with Fewer Government Resources

ARTHUR M. HAUPTMAN

Arthur M. Hauptman is a public policy consultant specializing in higher education finance issues. E-mail: Art.Hauptman@yahoo.com.

Virtually all countries around the world are facing the challenge of consistently meeting the rising demand for higher education. A few countries, such as Norway and Saudi Arabia, have decided and been able to devote enough public resources to meet the challenge of adequately funding growing demand. However, for most countries, the challenge remains how to do more, with fewer public resources, to maintain accessible higher education systems of high quality, in the future.

Three basic strategies are available to meet this challenge: raising the prices for public higher education to offset the constraints on public funds; reducing resources per student, either by achieving greater efficiencies or enrolling more students; and encouraging the expansion of the private sector, to reduce the strain on taxpayer funds to pay for higher education.

In considering the relative merits of these three strategies, it is important that an essential trade-off and dilemma be recognized—namely, that it is very difficult to expand access and to improve quality at the same time. Since the policies that will expand access often detract from quality, actions that are likely to improve quality are often achieved by limiting access.

Moreover, the roles of higher education institutions and governments are often in conflict with regard to promoting access and protecting quality. Maintaining or improving quality is the top priority of institutional officials and faculty, who would like to maximize resources per student. By contrast, ensuring or expanding access is the primary objective of government officials, as they would like to maximize access and to promote efficiency by minimizing resources per student. Thus, the task of meeting rising demand when public resources are stable or declining is complicated by this large difference in traditional roles and responsibilities.

INCREASING TUITION FEES

The most frequently used strategy for dealing with limits in public resources in most countries is increasing the revenues generated from tuition fees and other charges. This cost recovery approach can be achieved, in one of several ways. One is to increase the level of tuition fees for all cur-

rent students. Another is changing the mix of students, by increasing the number of international or out-of-state students who pay higher fees. Still, another approach is to establish a parallel fee structure, in which students who do not gain entrance on the basis of entrance exam scores may enroll as “nonregular” students and pay fees that are much higher than for the “regular” students; these parallel fees often equal or exceed the full per student costs of education. These parallel fee structures are particularly prevalent in certain regions, including eastern Europe and a number of Asian countries.

Maintaining or improving quality by ensuring adequate levels of resources per student is the primary purpose of any kind of fee increase. Yet, higher fees can allow for increased access, if they are accompanied by expanded enrollments. If, on the other hand, prices are increased while enrollments are not, the result almost always will be more limited access. Higher prices also can deter students with more modest means from enrolling, unless accompanied by increased amounts of student financial aid.

For most countries, the challenge remains how to do more, with fewer public resources, to maintain accessible higher education systems of high quality, in the future.

REDUCING RESOURCES PER STUDENT

Another frequently used strategy, to address the mismatch between growing demand and limited public resources, is to reduce the amount of resources devoted to each student. One format for institutions is to cut programs and staff or find more cost-effective ways to teach and increase operational efficiency. This route to greater efficiency often includes shrinking the size of the enterprise, by capping enrollments, so that adequate resources can be provided to the students who do enroll. Another avenue to reduce resources spent on each student takes the opposite tack of increasing enrollments, thereby reducing resources per student. Governments can encourage more enrollments by providing additional student financial aid, to stimulate more demand or by placing a floor on the number of students, which institutions may enroll—thereby allowing the number of students to increase beyond the levels already funded by government.

Approaches for improving efficiency can be found in countries throughout the world. Institutions in many countries, states, and provinces deal with cutbacks in government funds by cutting programs and staffs—often the first response to reductions in public funds. In a number of instances enrollments are capped to ensure adequate resources per student and to minimize future budgetary exposure, from student financial aid being awarded to more students. New Zealand and England are two prominent examples of countries that have capped enrollments, not because it would lead to more public support of institutions but because student loan subsidies would rise.

One format for institutions is to cut programs and staff or find more cost-effective ways to teach and increase operational efficiency.

Many countries allow institutions to increase their enrollments—beyond government-funded levels, without providing more government funding for these additional students. Economic theory suggests that these institutions should expand their enrollments, as long as the fees received are equal or greater than the marginal costs attached to these additional students.

These approaches create different effects on quality and access. Efforts to cut costs and programs to achieve efficiency typically lead to lower quality—while capping enrollments detracts from access—but may improve quality as it will lead to more resources being spread over fewer students. On the other hand, providing more student aid or placing a floor on enrollments could increase access, but it may well do so at the expense of quality—as existing resources are being spread over a larger number of students.

If institutions retain the fees paid by additional students, the negative effects on quality will be offset partially or fully by the increased resources generated by the additional fees. Similarly, if enrollment expansions are accomplished simply by increasing class size and student/faculty ratios, quality is likely to suffer. But if low teaching loads are increased or programs with low enrollments are targeted for expansion, there could be little adverse impact on quality or it might even be improved.

EXPANDING THE PRIVATE SECTOR

The third strategy for meeting demand in tough times

is to allow the private sector of higher education to grow. Thus, governments decide that they cannot meet demand, by funding expansion in the public sector, and instead encourage the private sector to grow to accommodate surging demand. This encouragement can take several forms, including loosening the regulatory environment and allowing government-funded student aid to be portable to students attending private institutions. Vouchers or student loans are two examples of this approach.

Asia is perhaps the region that has most adopted the private-sector strategy. In South Korea, Japan, and Indonesia, far more than half of all students enroll in private institutions, and a number of other Asian countries also have large numbers of private-sector students. The Middle East and South America are two other examples of regions that have developed large private-sectors of higher education.

This private-sector emphasis obviously is designed to expand access without correspondingly increasing public resources to meet demand. But it also raises important questions about quality, as private-sector institutions often are of lower quality than their more well-funded public counterparts. The United States is an obvious counterexample to this generalization, as American private institutions often are better funded than public institutions. Quality becomes an even greater concern when for-profit institutions

Many countries allow institutions to increase their enrollments—beyond government-funded levels, without providing more government funding for these additional students.

are the primary form of private provider, as they often focus on attracting low-income students who often are particularly unprepared to do college-level work. One means for counteracting this very legitimate concern about quality is to ensure that strong quality-assurance systems are in place that will prevent the emergence and continuation of low-quality institutions.

In sum, countries would be well-advised to consider each of these approaches, in addressing concerns about how to meet rising demand with limited public resources. Each approach has its advantages and disadvantages with regard to quality and access. The right mix depends in large part on the history and the circumstances of individual countries. ■

Cambodian Higher Education—Subprime Degrees?

DAVID FORD

David Ford is lecturer and adviser in the Department of Chemistry at the Royal University of Phnom Penh, Cambodia. E-mail: ford.david@rupp.edu.kh.

The Cambodian economy has achieved a healthy average growth rate of about 7 percent, over the past decade. Higher education has expanded more than tenfold, in the same period, and now includes 91 institutions (68 universities and 23 institutes or schools) of which 59 percent are private institutions, and almost 200,000 students. Access has improved greatly, as many new institutions and branch campuses of existing institutions have opened in provincial centers.

CHALLENGES

In spite of the relatively positive macroeconomic situation and being named as a priority ministry, the Ministry of Education, Youth and Sport is the only one whose budget share has steadily declined, in each of the last five successive years. Higher education receives a smaller proportion of the national budget (less than 1%) and has the lowest participation rate (approximately 5%) of any of its regional neighbors. Consequently, the higher education sector is facing some serious challenges. Lecturers at government institutions still only receive a salary that is a fraction of a livable wage (a base of about US\$120, per month), forcing them to seek employment in the private sector. Less than 10 percent of lecturers in both public and private institutions hold PhDs. There is virtually no government funding for research. Consequently, less than a handful of universities have created any research, and almost all have been donor initiated and funded. There are virtually no government scholarships for study abroad. Even the so-called scholarships for local study in higher education are only fee-free places at government institutions without a subsistence allowance. The proportion of scholarship places to the number of high school graduates has steadily decreased.

Recent reports by major donors (World Bank, Asian Development Bank, United Nations Development Program, and others) have described a picture of low qualitative and quantitative internal and external efficiencies. In spite of the low participation rate, an oversupply of underskilled graduates still occurs in some areas and an undersupply in areas of high demand. About 60 percent of students graduate in business, social science, and law and only less than 25 percent in agriculture, education, health, engineering, and

the hard sciences. What will be the social consequences of large numbers of unemployed and underemployed graduates, and how will Cambodia be able to compete regionally if the Association of South East Asian Nations' vision of an integrated economic community by 2015 is realized?

UNDERLYING CAUSES OF SYSTEMIC WEAKNESSES

But this mismatch with societal needs is not new. It is almost 15 years since the first private university opened and began a period of rapid, almost unregulated expansion and commercialization of higher education in Cambodia. The number of students has increased from about 10,000 in 1997 to almost 200,000 now. However, little improvement in relevance has occurred in the 10 years since the regulatory instruments, a law on registration of institutions, and the Accreditation Committee of Cambodia were created to deal with it. Perhaps it was hoped that market forces would automatically improve quality, but so far the competition has mostly resulted in a race to the bottom, as institutions compete by lowering fees and offering discounts, and "free Wi-Fi."

A lack of regulation has led to a large number of higher education institutions, but many of the so-called universities registered are obviously lacking the technical requirements to be called a university. A handful of institutions could possibly justify the use of the term; and a few of those are steadily gaining credibility as quality institutions. Nev-

Higher education receives a smaller proportion of the national budget (less than 1%) and has the lowest participation rate (approximately 5%) of any of its regional neighbors.

ertheless, some others have no faculty holding recognized postgraduate degrees, and yet have gained a license to issue degrees up to the PhD level. Many institutions advertise a wide range of degrees but lack qualified staff to teach them, in spite of regulations defining the requirements for the establishment of higher education institutions having been in force since 2002. The reasons for this situation are most likely related to the highly politicized nature of the sector where politically powerful vested interests outweigh the rational implementation of regulations.

CONSEQUENCES OF INEFFECTIVE REGULATION

Regardless, while the causes are being debated, a situation analogous to the economic crisis is being created. A “bubble” is forming of university graduates with worthless degrees. Intense competition has led to the existence of risky and exotic educational products, where capacity to pay is more important than academic ability. As a result, many institutions are offering “subprime” degrees: degrees that have little actual value, due to a variety of factors—including, selection of students with low capacity, teaching by unqualified faculty, minimal evaluation, and corruption. Some of their exotic educational products include associate degrees offered to those who failed their 12th grade exams and science courses that have no laboratory components. The degrees obtained are more like symbols of compliance—with the system and membership of a patronage network than of knowledge and skills—and should more correctly be called receipts.

What will happen when graduates holding subprime degrees use them to try to find a job and default? Many students have invested significant sums in worthless degrees and rightfully may be unhappy, when they fail to recoup their investment through employment. Some universities have already collapsed, and widespread unemployment and underemployment among university graduates have already been reported. It remains to be seen when and how their discontent will become evident, but there is no shortage of examples in other countries, where student discontent has led to social unrest. Apparently, little official concern has been provided about this, perhaps since the government pays no unemployment benefits and also since it has a conscription law, created in 2006, which it has never applied but could be used in such an eventuality. One more aspect of the analogy, with the financial crisis, is who finally suffers the consequences—rarely the owners of institutions or the regulators.

CONCLUSION

There is a lack of independent public information about higher education institutions, which could help prospective students make more informed choices and thus provide some pressure for improvements in quality. Many institutions refuse to give information about teaching faculty to prospective students, and even more surprisingly, few students challenge this. Consequently, in the absence of accurate public information about institutions and widespread ignorance about market needs and the meaning of quality education, many students depend on rumors and hearsay to choose courses that are often inappropriate and of low quality.

So, in spite of the fact that education has been named a priority ministry by the Cambodian government, clearly

higher education is not; and the reason may be related to another systemic weakness mentioned in the recent reports, referred to earlier—i.e., old-fashioned teaching methodologies that fail to challenge students to think and analyze. Perhaps a government that is increasingly autocratic and sensitive to opposition voices is reluctant to encourage a system that should promote critical thinking and has a vested interest in maintaining the status quo.

The light at the end of the tunnel is emanating from the growing number of young graduates returning from study abroad (on foreign-funded scholarships), who have experienced more functional systems and different ways of learning. These graduates are less likely to accept old models of management and more likely to use new teaching methodologies. Some are employed by the Accreditation Committee of Cambodia, which has managed to evaluate foundation year (first year) courses and is about to begin institutional evaluations. As these young, highly qualified academics gradually move up through the ranks and gain influence and as the old guard at the top gradually retire, it is hoped that higher education in Cambodia may gradually improve. ■

Nalanda Redux: Is a World-Class University Possible in Rural Bihar?

PHILIP G. ALTBACH

Philip G. Altbach is Monan University Professor and director of the Center for International Higher Education, at Boston College. E-mail: altbach@bc.edu.

The Indian and Bihar government, with the support of the East Asian Summit, is resurrecting the 6th century Nalanda University, near its original site in rural northern Bihar. Significant funds have been earmarked for the project, and planning is now under way. Impressive international linkages have already been made. The concept, of course, is wonderful—to recreate in modern garb a true cultural and intellectual treasure of ancient India. The plan for the university focuses on the humanities, social sciences, ecology, and business studies—not the usual engineering and technology emphasis. But some serious practical and conceptual questions need to be asked.

LOCATION, LOCATION

The site of academic institutions is of key importance. For Nalanda International University, which wants to attract the best and brightest from India and the world, location is of special relevance. Are top students and faculty going to be attracted to rural Bihar? Perhaps, unfortunately, this option is not likely. The best minds want to be in the center of intellectual, cultural, and political life. Scholars want to be able to easily mingle with peers and value easy travel connections. The Internet assists scholarly communication, but it does not at all replace human interaction. Top academics value amenities, not only good libraries and laboratories, but also art museums and even an array of attractive restaurants and coffeehouses.

The experience in India and elsewhere, in recent decades, is that it is difficult to build top institutions far from centers. Several of the original Indian Institutes of Technology were located near but not in major urban centers. Thus, there was room to build a campus, while at the same time permitting relatively easy access to a wider intellectual community and to urban centers. Some of the new central universities, as well as the new Indian Institutes of Technology, located away from cities and communities are finding it difficult to attract the best faculty and students.

There are some examples of recently established “green field” academic institutions. Without doubt the most expensive is the King Abdullah University of Science and Technology, located near Jeddah, Saudi Arabia. Located near a large city, benefiting from a multibillion-dollar endowment and an unlimited construction budget, and connections with top universities overseas, its success is not assured. Luring the best academics to Saudi Arabia is not an easy task. It is significant that King Abdullah, who established the university, kept it separate from the Saudi government, with its own budget and endowment. He did not want the new institution to get bogged down in governmental bureaucracy. This example may have some relevance for India.

The Pohang University of Science and Technology, on the other hand, seems to constitute a significant success, although located in a provincial city in South Korea. Just 20 years old, it is well-ranked globally. A private institution, it has benefited from the deep pockets of the Pohang Steel Company. The Japanese government located a technological university on the island of Okinawa, far from the Japanese mainland, several decades ago and made a huge investment. Many claim that it is a success, but the jury seems to be out.

Some of the great American public universities may also offer some insights. Most of the best of them were established in the 19th century in or close to urban centers—the University of California-Berkeley, for example, is near San Francisco and the University of Michigan is near De-

troit, while the University of Illinois at Urbana-Champaign is in the middle of corn fields. While the latter is a fine university, it is not as distinguished as Berkeley or Michigan—and it suffers when competing for top faculty.

UNIVERSITIES AS “DEVELOPMENT PROJECTS”

Governments in many countries decide on the location of new universities for many reasons. Students in an area may not have access to a convenient place to study. A particular region may be in need of investment or development. Or local politicians may have a loud voice. There are often good arguments for placing higher education institutions in locales, where they can contribute to economic growth, student access, or other laudable social goals. India has often been quite successful with this tactic.

However, it is always a mistake to try to locate a top-level research university to meet development goals. The initial investment is large, and the chances of success are limited. The fact is that the needs of a research university are quite specialized and not comparable to those of an academic institution focused mainly on teaching.

The new Nalanda’s location is dictated by the site of the original Nalanda and not by specific development goals. However, most likely, part of the motivation is to bring resources and modernization to Bihar—there is even talk of moving the site of an airport.

CAN IT WORK?

The challenges facing the new Nalanda, in its effort to become a world-class university, are daunting. As noted, location is a highly negative factor, perhaps even a determining one. Money may also be an issue—building a top-class university is extraordinarily expensive, especially in a rural and undeveloped location—even with assistance of foreign donors and the central government. Funding for the first stages of development is significant, and levels of financial support must be maintained over time to ensure success. Nalanda International University, as an institution that plans, quite rightly, to stress ecology, development, peace studies, and similar “soft subjects,” will find it difficult to obtain recognition in the global rankings, which largely measure the hard sciences. The best tactic here is to forget about the rankings, but this is not an easy thing to do. The involvement of many agencies, of both state and central government, may create bottlenecks and bureaucracy—which often seems to be the case in India, as well as elsewhere.

Perhaps the best course of action would be to keep the name and the spirit of Nalanda but move the university to a more practical location. ■

Higher Education for Development in Rwanda

REBECCA SCHENDEL, JOLLY MAZIMHAKA, AND
CHIKA EZEANYA

Rebecca Schendel is a PhD candidate at the Institute of Education in London, University of London. E-mail: rebecca.schendel@gmail.com. Jolly Mazimhaka is director of quality assurance at the Kigali Institute of Science and Technology, in Kigali Rwanda. E-mail: jolly.mazimhaka@gmail.com. Chika Ezeanya is director of research at the School of Finance and Banking, in Kigali, Rwanda. E-mail: cezeanya@sfb.ac.rw.

Perhaps more than any other African government, the government of Rwanda has focused on higher education, as a core component of its national development strategy. In the face of donor pressure to prioritize primary education, Rwanda has championed the importance of higher education as a catalyst for development. In many ways, Rwanda is a unique case, given its small size, land-locked location, and recent tragic history. However, the Rwandan experience offers valuable insights into the enormous potential—and the significant challenges—that face countries intending to build higher education capacity, to stimulate economic development.

In 2000, the Rwandan government issued its blueprint development strategy for the country, known as *Vision 2020*. Chief among the priorities in the plan was the need to develop Rwanda's human capacity to transform the country into a knowledge-based economy, capable of competing on the international economic stage. The strategy elaborated the need for a skilled workforce—trained in disciplines such as information technology, engineering, and management. Since the late 1990s, Rwanda has spent a higher proportion of its education budget on higher education than almost any other country in sub-Saharan Africa. This unprecedented financial support for higher education has led to a dramatic expansion in the sector, both in terms of student enrollment and the number of institutions. With an annual growth rate of approximately 13 percent, higher education is one of the most rapidly expanding sectors in the country.

This dynamic context presents a unique opportunity for Rwanda's higher education sector, to demonstrate the critical role that universities can play in national development efforts. However, the government's vision can only be achieved if Rwanda's universities are able to provide an educational experience of sufficient quality to their students. This article will outline some of the recent successes of Rwanda's higher education sector and highlight some significant challenges for quality, which continue to hinder

Rwanda's public universities. Although a significant private higher education market occurs in Rwanda, public universities receive the vast majority of government funding.

A BRIEF OVERVIEW OF RWANDAN HIGHER EDUCATION

Rwanda's higher education system currently consists of 29 institutions (17 public and 12 private). An independent government agency, the Higher Education Council, was established in 2007 and is housed within the Ministry of Education. Since the formation of the Higher Education Council, the sector has changed dramatically, as new institutions have been established and new government policies have altered university admissions policies, the structure of the academic calendar, and student funding programs.

SIGNIFICANT SUCCESSES

In the past 10 years, higher education in Rwanda has achieved a number of impressive successes. Chief among these is the rapid growth of the sector. In 2011, 73,674 students were enrolled at Rwanda's universities. Although still only 2 percent of the eligible population, enrollment has risen exponentially in recent years. On average, student enrollments have risen by 20 to 25 percent a year since 1995.

At the same time, Rwanda's universities have made a number of improvements to their curricular offerings and infrastructure. The Higher Education Council has also formalized the mechanisms for protecting Rwandan students from potentially bogus institutions, by establishing national accreditation and audit policies.

Perhaps more than any other African government, the government of Rwanda has focused on higher education, as a core component of its national development strategy.

SIGNIFICANT CHALLENGES

Despite the impressive achievements of the sector, Rwanda's universities continue to face serious obstacles, many with a significant impact on the quality of university education in Rwanda.

Although public universities receive considerable governmental funding, in comparison with other countries in the region, adequate funding remains an issue for universities, particularly following a 2010 decision to reduce state funding to university budgets, by 25 percent, to redirect

funding to vocational training. As a result of the cuts, universities are now expected to generate income—to support their activities. Most have opted to do so through increased tuition fees, admission of larger numbers of private students (who pay higher fees), or the establishment of consultancy arrangements.

Institutions also face a critical shortage of committed faculty. The growing number of private universities has increased demand for faculty positions. As the supply of academic staff has not increased at the same rate, this expansion has resulted in a growing trend for academic staff to hold part-time jobs at multiple institutions. In addition to part-time teaching, some staff members also conduct consultancies with international organizations—to supplement their largely inadequate salaries. Such faculty's overcommitment inevitably affects the quality of education at the public universities, while also diminishing any potential of increasing research output or graduate programs.

Compounding these challenges, universities have needed to react to a dramatic change in Rwanda's national language of instruction. As a result of its colonial legacy, Rwanda's education institutions used French from the time of independence until the mid-1990s. In 1996, a bilingual education system was introduced, under which universities were required to offer instruction in both French and English. In 2008, the Rwandan government announced that, effective in 2010, English would be the sole language of instruction in Rwanda, at all education levels. University students now study entirely in English. Although the change in language of instruction is supported by many, due to the potential benefits of employment prospects for graduates, the decision resulted in enormous consequences for students currently enrolled in university. As the majority of current university students used French throughout primary and secondary school, many struggle to follow lectures and read notes in English, raising concerns about their comprehension and retention of information.

Furthermore, despite 15 years of support for higher education in Rwanda, students appear to be graduating without many of the skills required by the labor market. A recent *National Skills Survey* published by the Higher Education Council suggests that graduates lack critical competencies—including communications, technical, and problem-solving skills. Although increasing student access is a positive development, university education could be argued as of questionable value, unless it results in the development of skills that graduates need to use once they enter the workforce.

MOVING FORWARD

The government is working to address a number of the infrastructural and financial challenges facing universities, by improving efficiency and investing in research facilities and information and communications technology. However, many of these changes cannot improve the *academic* quality of Rwanda's public universities. Rather, increased attention must be paid to what is or is not working in terms of *student learning*—particularly related to the unique cultural, social, and economic situation of Rwanda—to truly revitalize the sector.

Much has been invested in, and much is rightly expected out of Rwanda's universities. The urgent and critical

Rwanda's higher education system currently consists of 29 institutions (17 public and 12 private).

need of the day is for Rwanda's universities to seek ways to significantly improve the quality of the academic experience for their students, in order to secure a globally competitive, innovative, and creative workforce for the country's future development. ■

African Students in India: Patterns of Mobility

P. J. LAVAKARE AND K. B. POWAR

P. J. Lavakare is a member of the board of governors of the Mody Institute of Technology & Science University, Rajasthan, India, and was formerly the executive director of the United States Education Foundation in India. E-mail: lavakare@vsnl.com. K. B. Powar is the adviser to the chancellor, D. Y. Patil University, Pune, India, and was formerly the secretary general of the Association of Indian Universities, Delhi. E-mail: kbpowar@gmail.com.

Under British colonial power, the British higher education system was introduced into both India and Africa; and the legacy continues till today, when India and most of the countries in Africa are independent nations. After national independence in 1947, India, having a better educational infrastructure, started attracting African students

to Indian universities for higher education. The movement of African students to India has of late shown a dramatic decline. This raises a concern in India, and it is necessary to understand the reasons for this decline and to devise ways to reverse the deterioration. In this communication, while analyzing this issue, only students who actually cross national borders and live in India for their studies are taken into consideration. Students who are registered with Indian universities for distance education programs have not been taken into account, for one believes that the true international education experience occurs only through cross-border education.

RISE AND FALL

In 1990/91, a total of 6,222 African students, from over 35 African countries, were studying in nearly 100 education institutions in India. At that time, nearly 12,900 international students were studying in India. Thus, the African student population formed nearly 48 percent of the total international students in India—showing India as a preferred destination of the African students. The other half of the international student population came, primarily, from Asia and the Middle East, while a small number of other students, from developed countries, had come for a much short-term global experience. The situation is different today, with the number of students from Asia nearly four times more than those from Africa; those from the developed world continue to be at a low level.

Over the years, the number of African students has steadily decreased, declining to about 2,700 in 2009/10. The African student population is now only 15 percent of the international student population. This percentage decline is significant, considering the fact that, as a commonwealth country—with similar evolution of a higher education system, as in most of the African countries—India should have attracted the African students in a more significant way; also since studying and living in India is less expensive than in other parts of the world. It is relevant to point out that, in India, foreign students are not looked upon as income sources. Unlike in the case of the developed Anglo-Saxon countries, the Indian government does not collect or publish statistics concerning income or other advantages from international students.

DISTANCE EDUCATION INITIATIVES

The Indira Gandhi National Open University (IGNOU) in New Delhi is the largest distance higher education institution in the world. It has ambitious plans for providing cross-border education to students in West Asia and Africa. This Pan-African e-network started functioning in 2008, and IGNOU signed Memoranda of Understanding with 16 African countries. Teaching is conducted through a

teleconferencing mode with a two-way communication link between students in Africa and a studio set up at IGNOU. The programs delivered are at postgraduate, undergraduate, diploma, and certificate levels. In the year 2008/09, over 2,000 African students had signed for the program, and over 3,000 did so in 2009/10. However, recent information received from Nigeria indicates that in 2008/09, of the 49 students admitted, many dropped out and only 24 successfully completed the program. Apparently, external funding that was available for this program has been stopped, resulting in this withdrawal.

After national independence in 1947, India, having a better educational infrastructure, started attracting African students to Indian universities for higher education.

While, a useful mode, distance education, without crossing national borders, does not include true spirit of international education—a principal objective to provide cross-cultural experiences. Thus, one of the reasons for the decline in the inflow of African students into India could well be the relative success of distance education initiatives by IGNOU, in Africa. However, one needs to evaluate other possible reasons for the decline. It may be noted that in 2008/09, out of the total international students in India, about 27 percent were in distance education programs. For African students, the corresponding number was as high as 45 percent. These numbers may appear small, compared to the nearly 4 million students registered with IGNOU. Nevertheless, this raises the question of the impact of distance education on internationalization of higher education, in which student mobility is an important factor.

OTHER POSSIBLE CAUSES

Indian institutions have not figured well in the top 500 world university rankings. Therefore, international students are unsure whether the quality of education that they may get in India would enable them to compete for jobs in the global market. In addition, with Africa's economic development, the capacity and willingness to pay for higher education has enhanced; and the choice for studying in developed countries is preferred, even though education and living in India is still considered inexpensive.

The admission procedures for international students, in Indian universities, are very cumbersome with time-con-

suming visa and document verification procedures. This has been a deterrent for students now having a wider choice across the world. India is known to be a hospitable country, and guests are honored and respected. However, there is apprehension that, for reasons of race and color, African students do find it difficult to be accepted in the Indian society; something that India should be concerned about.

The setting up of the African Union and its new initiative of setting up Pan-African universities across the various African countries, with partnerships from outside Africa, has also helped the students to stay within the African continent and also obtain an international exposure, as part of their education.

India has not created any major efforts at marketing Indian education abroad. Other developed and some developing countries—such as China—have arranged major marketing and partnership efforts that have attracted African students and weaned them away from India.

NEW INITIATIVES?

Given the decline of the African student population, the Indian government needs to evolve a strategy to enhance and strengthen the India-Africa education partnership, through a combined effort of the Indian university system and the government education system.

The political forum of the India-Africa Summit, set up a few years before, should include “Higher Education Exchanges,” as part of the major collaboration agenda; universities from both sides should participate in this political forum. The forum needs to encourage collaboration between the several hundred Indian and African universities by establishing an India-Africa University Network. Higher education for women is a common agenda for India and Africa; setting up an Indo-African Women’s University in Africa could be a very positive initiative.

Indian and African universities should have discussions about sharing experiences on internationalization of higher education—a common agenda for both. The African Union has already organized three such conferences, in which India should participate. Joint conferences, on higher education issues of common interest should be organized periodically. There are subject areas like skills development, vocational training at the postsecondary level, medical education, technical and management education, and legal studies that are specifically needed in India and Africa. Collaborative arrangements for the setting up of institutions, in both countries should be explored, through public and private partnership models.

India has over 50 corporations operating in Africa. These should be involved in supporting educational exchanges, through sponsoring scholarships and internships. They could also help African students studying in India to

obtain suitable placement in their companies operating in the host country, when the students return home.

While, a useful mode, distance education, without crossing national borders, does not include true spirit of international education—a principal objective to provide cross-cultural experiences.

CONCLUSION

The declining population of African students should be seen by India, as a matter of concern for losing its traditional education partner. Possibly, India has taken for granted its robust relations with Africa, while other countries are wooing Africa. India needs to attract international students to its campuses, in order to expose its own students to other cultures of the world. It is time that several new initiatives are developed by India as a part of formulating a new education diplomacy policy. ■

The Western Balkans: Analyzing a Higher Education Problem Area

PAUL TEMPLE

Paul Temple is a reader in higher education management at the Institute of Education, University of London, and co-director of its Centre for Higher Education Studies. E-mail: p.temple@ioe.ac.uk.

The summer 2012 issue of *International Higher Education* (no. 68) included articles on higher education in two countries from the former Yugoslavia—Philip G. Altbach on Slovenia and Stamenka Uvalic-Trumbic on Serbia—and a review of developments in another Balkan country—Romania, by Paul Serban Agachi. The picture that emerges from these reviews is of higher education systems with undoubted strengths, struggling to overcome dysfunctional historical legacies, dating from before and after the formally communist period, but certainly strongly conditioned by it.

It may be worthwhile to compare the situations reported in these countries, with those found across the coun-

tries of the fragmented region now known as the Western Balkans—Albania, Bosnia-Herzegovina, Macedonia, and Montenegro, as well as Serbia. Albania is a special case, not having been part of the Yugoslav state and having suffered under the dictatorship of Enver Hoxha from 1945 to 1985—a regime that may justifiably be termed lunatic. All these countries are struggling still to come to terms with the situation created by the violent breakup of Yugoslavia, between 1991 and 1995. All are trying to build economies based on national borders that define small states, with few natural resources and poor communications. Several have internal ethnic divisions and unresolved postconflict situations, which exacerbate other difficulties. These countries are seeking European Union membership, which, however, seems a distant prospect for varying issues that include dysfunctional political structures, unreliable legal processes, weak economies, and endemic corruption. This group of small countries, then, presents the most intractable reconstruction and development challenge found in Europe today.

SMALL COUNTRIES, BIG PROBLEMS

As might be expected, the higher education systems of these countries reflect these wider difficulties. Their chronic lack of resources, while pressing, will probably be easier to deal with than their fragmented structures, organizational rigidity, intellectual isolation, and endemic corruption; and what Serban Agachi, speaking of Romania, calls “fake values,” “lack of initiative,” and “hidden disobedience” from the communist period. The issues that Altbach identifies, as priorities for change in Slovenian higher education—particularly stronger internal leadership, sustainable funding, differentiated missions and selectivity, and internationalization—apply with even greater force across the Western Balkans.

In addition, certain features of the higher education systems of the Western Balkans stand out. Perhaps most obviously, the small sizes of these systems must be problematical. Montenegro, with a population of 600,000, has one public university; Macedonia, with a population of two million, has two reasonably significant public universities and one well-established private nonprofit university. It is hard to see how viable, modern higher education can be possible in these situations, even if there are effective administration at ministry and institutional levels. The difficulty is not institutional numbers or sizes, while some of the universities are actually rather too large. Yet, as Altbach hints, small systems without preexisting international traditions are prone to insularity.

As if these countries were not already small enough, ethnic tensions create internal subdivisions, in Macedonia and especially Bosnia-Herzegovina, a country with four

and a half million people, has 14 ministries of education, although not all of them deal with higher education. The internal division between the Bosniac/Croat-dominated federation and the Serb-dominated Republika Srpska prevents any sensible national restructuring plans; and even within the federation, ethnic tensions have led to the creation of two universities, one Croat and one (clearly unviable) Bosniac, in the small city of Mostar. Here, universities are being used as symbols, to identify a set of political aims.

All these countries are struggling still to come to terms with the situation created by the violent breakup of Yugoslavia, between 1991 and 1995.

Higher education is being used to demonstrate the area's power and to reward the supporters of local politicians—to help implement divisive programs of identity politics.

FRAGMENTED UNIVERSITIES IN FRAGMENTED SOCIETIES

Fragmentation is also a characteristic of internal university organization in the region, stemming from the Yugoslav tradition of strong faculties and chair systems within them. Expansion took place by creating new chairs, leading to sprawling, unwieldy structures; institutional restructuring was rare. Despite current attempts in places to integrate faculties for creating stronger unitary universities, this internal conflict persists—making institutional change hard to manage, because of multiple and competing sources of authority. A formal institutional mission of differentiation is hardly attempted. Though not historically justifiable, it is hard to avoid seeing these institutional divisions as mirroring the fragmentation found at national and regional levels.

In her article, Uvalic-Trumbic identifies academic corruption as a key problem for Serbian universities. It remains a serious issue throughout the region and, obviously, undermines any attempts to persuade Western universities to trust claims about academic standards there. The still-widespread use of frequent one-to-one oral examinations is one factor that facilitates academic corruption, but simply changing processes (as with the move to written examinations in Serbia or new, quality-assurance procedures) is unlikely to eradicate a deep-rooted problem. (I described one such attempt in Georgia in *International Higher Education* no. 42, 2006.)

Uvalic-Trumbic also notes that the alleged implementation of Bologna reforms in Serbia has probably “been mere-

ly cosmetic.” This was also our conclusion from around the region, where typically the Bologna process has had little impact in practice. For example, in several instances, 3+1 or 3+2 degrees (that is, in Bologna terms, a first-cycle degree combined with a master’s degree) were being offered to maintain the traditional four- or five-year first-degree pattern, supported by the professorial hierarchies, but thereby losing the efficiency gains that Bologna structures are intended to provide. This seems to be another sample of the inward-looking nature of the higher education system, subverting the formal adherence to modernization and European standards. It is tempting to conclude, noting Serban Agachi’s comment about “hidden disobedience,” that the large gap between policy and practice is a carryover from communist days, where formal statements of ideological principle were used to mask their actual practices.

CONCLUSION

This article draws on work undertaken for the Open Society Foundation. One way forward for Serbian universities, Uvalic-Trumbic proposes, is “to develop joint doctoral studies with other countries of the region. Creating regional disciplinary networks . . . might be a mechanism for reducing the number of universities, increasing quality, and reinforcing the relevance of study programs.” Work we have undertaken for the Open Society Foundation led us to similar conclusions, suggesting support for small-scale research collaboration between groups of universities in the region and one or more international partners. The precise topic of the research, we suggested, would be less important than being one in which the regional partners have an interest and have some basic capability on which to build. This approach could encourage interfaculty, interinstitutional, transregional, and international collaboration—thereby, mitigating to some extent the problems of fragmentation. It could provide a context for much-needed transfer of expertise, in subject knowledge, pedagogy, and research methods.

It would be naive in the extreme to think that rather limited reforms in university processes might somehow overcome the multiple problems of the deeply divided societies in the region. Nevertheless, there might be wider benefits through demonstrating that collaborative activities within the region can have positive results. That is to say, change may be more likely to percolate upwards from the universities rather than downwards from dysfunctional political structures.

Author’s note: I wish to acknowledge the contributions of my fellow researchers—Jane Allemano, John Farrant, Ourania Filipakou, Natasha Kersh, and Holly Smith. ■

Should Japanese Universities Shift the Academic Calendar?

YUKIKO SHIMMI

Yukiko Shimmi is a graduate research assistant, at the Center for International Higher Education, Boston College. E-mail: yshimmi@gmail.com.

An effort to internationalize universities often conflicts with domestic systems, and it is seen at Japanese universities, currently. In Japan, to internationalize the university, a shift of the academic calendar from April to fall (September or October) was suggested by the internal panel of the University of Tokyo, in May 2012. This shift is to align the academic calendar to the world standard. Though this suggestion is still under discussion, major Japanese universities and the Japanese government, as well as industry, have started to discuss the issues and obstacles of implementation. While this suggestion might become a potential symbol of the reform for the internationalization of Japanese higher education, it has highlighted conflicts with traditional and domestic systems in many ways. Shifting the academic calendar faces difficulties at the University of Tokyo and other Japanese universities.

REASONS AND CONCEPTS

The University of Tokyo’s internal panel suggested that the university should start its academic calendar in the fall (September or October), within five years, in order to accelerate the internationalization of higher education across Japan. According to the report, 70 percent of countries in the world start higher education academic years in either September or October (including not only Western countries but also China, Hong Kong, Malaysia, Singapore, and Taiwan), whereas most Japanese universities start in April. Some Japanese universities already admit students in the fall, but this is not the norm. Therefore, the alignment of the academic calendar with the world standard will help promote international exchanges of students and scholars and increase research collaboration at the university level. With the new academic calendar, students can participate in study-abroad programs for a semester or a year, without conflicting with course schedules or delaying graduation. Professors and researchers will face less constraints regarding teaching or administrative responsibilities, when they hope to conduct research or teach abroad as visiting scholars.

Shifting the academic year also seems to be an effective use of summer break. The current academic calendar

prevents students from fully engaging in other activities, during summer—including exchange programs, volunteer positions and internships, especially for students hoping to travel abroad. In addition, shifting the academic calendar also introduces the potential for a “gap term” (six-month break) between high school graduation and university entrance. The benefit of the gap term for students is the opportunity to engage in activities that broaden their perspectives and stimulate their interest through volunteering, studying abroad, and other beneficial uses of their time.

OBSTACLES AND CHALLENGES

Despite the potential merits of changing the academic year, several challenges for the actual implementation have been raised. These issues seem to be caused from the dilemma between national and international systems. For example, most universities' academic year does not match the schedule of other areas of Japanese society. The Japanese traditional academic calendar, from the pre-kindergarten to the tertiary levels, starts in April and ends in March. Moreover, the government and private sector in Japan start their fiscal year in April and hire a majority of new employees once a year, in April. Also, major certification exams—such as, the public servant, doctor, nurse, and lawyer exams—assume exam takers will start working in April. Many Japanese people prefer the current cycle, with no downtime between high school and college graduations, before they start working. Furthermore, although not relevant for non-Japanese people, beginning the school year of K–12 and college and the annual cherry blossom season is culturally significant among the Japanese.

Another concern is that shifting the academic calendar just at some universities will complicate the situation further. Unlike the University of Tokyo and some other institutions that aim for international competitiveness, most Japanese universities and colleges serve domestic students and, therefore, have no incentive to shift their academic calendar. Also, the major universities considering this shift, do face some disagreement about the method of implementation. For example, Waseda University, a leading private institution, developed a unique solution by partially introducing a quarter system for altering the academic calendar—to promote international exchanges and internationalization of the university.

If only a few universities shift their academic calendar, it could be confusing and problematic for students, the government, companies, and universities. For students who choose to attend universities in Japan that begin in September, their status during the gap term between high school graduation and university entrance is still unclear. The hiring schedule of university graduates at traditional Japanese companies need to become more flexible than the current rigid system, which hires employees only in April,

to accommodate varying university graduation dates; otherwise, some students might face disadvantages. Between government and universities, the difference in fiscal year and academic year at some universities might cause issues in budgeting and financial allocation.

ALTERNATIVES AND OTHER PROCEDURES

The University of Tokyo's report, the president of the university, and public opinion seem to agree that higher education internationalization cannot be achieved mainly by shifting of academic year. Rather, shifting the academic calendar should be discussed simultaneously, along with other types of reforms. Thus, to promote studying abroad among Japanese domestic students, the university could emphasize and improve internal support systems—such as securing study-abroad transfer credit, promoting smooth transitions through language preparation and pre- and post-orientations, and providing scholarship opportunities. However, to attract international scholars and students to Japan, the enhancement of educational quality and ways to overcome language barriers might be more critical than shifting the academic calendar. While differing the academic calendar might play a symbolic role in propelling overarching university reform, not addressing all other potential obstacles will not help the university to build up international competitiveness. Regardless of whether shifting the academic year is implemented or not, the University of Tokyo and other Japanese universities, as well as Japanese society, seriously need to assess the current situation and strategically plan the future direction of Japanese higher education. ■

IMPRESSUM

EDITOR

Philip G. Altbach

PUBLICATIONS EDITOR

Edith S. Hoshino

ASSISTANT EDITOR

Salina Kopellas

EDITORIAL OFFICE

Center for International Higher Education
Campion Hall
Boston College
Chestnut Hill, MA 02467
USA

Tel: (617) 552-4236

Fax: (617) 552-8422

E-Mail: higherred@bc.edu

<http://www.bc.edu/cihe>

ISSN: 1084-0613

© Center for International Higher Education

Published in cooperation with duz EUROPA

Aus Gründen der besseren Handhabbarkeit
finden Sie den Stellenmarkt in einer gesonderten Datei.



Der Sitz der Deutsch-Französischen Hochschule in Saarbrücken: die Villa Europa.

Birgit Holzer

Deutsch-Französische Hochschule

Das akademische Kind zweier Staaten soll größer werden

Paris/Berlin Tandem, EU-Motor, Vernunftfehe – viele Bilder drücken aus, dass Deutschland und Frankreich eine Schlüsselrolle in Europa zukommt. Ende Januar feierten die Staatshäupter beider Länder in Berlin das 50-jährige Bestehen des Elysée-Vertrages, der eine intensivere Zusammenarbeit bei Außen- und Verteidigungspolitik, Bildung und Jugend anvisierte. Blieb die Umsetzung oft unkonkret, so galt bei der Unterzeichnung am 22. Januar 1963 allein der Wille zur Annäherung der ehemaligen Erzfeinde als bahnbrechend. Auch eine verstärkte Kooperation im Hochschulbereich sah das Vertragswerk vor. „Die zuständigen Behörden beider Staaten sollen gebeten werden, beschleunigt Bestimmungen über die Gleichwertigkeit der Hochschultitel und -diplome zu erlassen“, heißt es darin. Darüber hinaus sollten sich Forschungsstellen und wissenschaftliche Institute vernetzen.

Der Durchbruch für die Schaffung binationaler Studiengänge mit doppeltem Hochschulabschluss kam allerdings erst 1987 mit der Gründung des Deutsch-Französischen Hochschulkollegs, aus dem wiederum die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) mit Sitz in Saarbrücken hervorging. Sie nahm 1999 ihre Arbeit auf – mit einem bislang einzigartigen Konzept.

Der Name klingt jedoch missverständlich. Die DFH ist keine Universität mit eigenem Lehrkörper und Forschern, sondern ein Netz von 180 Hochschul-Einrichtungen in beiden Ländern. Neben Universitäten gehören auch Fachhochschulen, Technische

Universitäten, Ingenieur- und Wirtschaftsschulen dazu. 143 integrierte bi-, aber auch trinationale Studiengänge in allen wissenschaftlichen Disziplinen sind im Angebot. Die DFH überprüft deren Qualität.

Obligatorisch ist die Ausbildung in zwei nationalen Bildungssystemen mit ihren landesspezifischen Arbeits-, Lehr- und Lernmethoden. Dabei soll es sich um ein Studienprogramm „aus einem Guss“ handeln, wie es heißt. Zwischen den jeweiligen Partnerhochschulen muss das Programm genau abgestimmt sein, sodass der Aufenthalt im Gastland als komplementärer und gleichwertiger Teil des Studiums stattfinden kann. Er soll mehr als ein „Mobilitätsfenster“ sein, das Studiengangsentwickler einbauen. In binationalen Studiengängen ist Mobilität integraler Bestandteil.

Natürlich gelangen Studenten schneller zum akademischen Grad, wenn sie auf internationale Erfahrungen verzichten. Doch genau diese können bei der Jobsuche entscheidend sein. Die DFH bezeichnet sich selbst als „Internationalisierungs-Agentur“. Ihre Absolventen erhalten finanzielle Unterstützung in Höhe von 270 Euro monatlich, während sie im Partnerland studieren. Am Ende bekommen sie ein Doppeldiplom, das in beiden Ländern anerkannt ist.

Der größte Teil des DHF-Budgets geht in die Förderung binationaler Studiengänge. Aber die DFH unterstützt auch den Austausch von Forschern und wissenschaftlichem Personal etwa mit Sommeruniversitäten oder mit dem Programm „Cotutelle de

50 Jahre Elysée-Vertrag



Fotos: Bundesarchiv/L. Wegmann, colourbox

Der Elysée-Vertrag

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle (links) und Deutschlands Bundeskanzler Konrad Adenauer (rechts) den Elysée-Vertrag. In dieser Vereinbarung finden sich auch Passagen zur Förderung und zum Austausch in der Wissenschaft.



Zusammenarbeit in der Forschung:

Heute gibt es in vielen Disziplinen bilaterale Kooperationen, vor allem in Luft- und Raumfahrt, Gesundheitsforschung, Nanotechnologie und Geistes- und Sozialwissenschaften.

Kooperationen in der Politik:

Die zuständigen Ministerien arbeiten seit 2003 im deutsch-französischen Ministerrat zusammen. Zudem gibt es die Deutsch-Französischen Gesellschaften für Wissenschaft und Technologie AFAST und DFGWT.

thèse“, einer deutsch-französischen Doppelpromotion. Rund 5300 Studenten und 500 Doktoranden zählt die DFH momentan sowie 1000 Absolventen pro Jahr. Etwa 10000 Studenten haben seit Gründung der DFH einen Abschluss erhalten und bilden damit ein wachsendes Netzwerk. Von den derzeit 16358 Studiengängen in Deutschland bieten nach Informationen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) 478 einen internationalen Doppelabschluss an. Rund ein Drittel davon sind deutsch-französisch, von denen die DFH fast alle fördert. Das zeigt ihre Vorreiterrolle nach 50 Jahren Elysée-Vertrag.



Sylvain Laval (28) ist DFH-Absolvent und arbeitet jetzt im französischen Hochschulministerium.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Studium und Karriere

„Die DFH müsste mehr für ihre Bekanntheit tun“

Sylvain Laval aus Grenoble studierte in Bordeaux und Stuttgart. Bei seiner Arbeit im Pariser Hochschulministerium nutzt ihm die Ausbildung, wenn er mit deutschen Kollegen zusammenarbeitet.

duz DFH-Absolventen haben in der Regel drei Monate nach dem Studienabschluss einen Job. Wie verlief ihr Karrierestart?

Laval Für meinen ersten Job als parlamentarischer Berater in der Nationalversammlung war mein Bezug zu Deutschland und die binationale Ausbildung ein großes Plus. Dank dieser Tätigkeit habe ich meinen jetzigen Posten im Ministerium für Forschung und Hochschulausbildung bekommen, wo ich in engem Kontakt mit deutschen Kollegen stehe. Dass es sich bei meinem Studium der Sozial- und Politikwissenschaften um ein deutsch-französisches Programm handelte, war nicht direkt ausschlaggebend.

duz Inwiefern nutzen Ihnen die Kompetenzen, die Sie erworben haben?

Laval Ich habe drei Jahre in Bordeaux und zwei in Stuttgart studiert und neue Arbeits- und Analysemethoden gelernt. Die Fähigkeit, sich anzupassen, ist heute unverzichtbar. Natürlich erlauben auch andere Auslandsprogramme, mobil zu sein, aber der integrierte Studiengang verpflichtet dazu und ist durch die Dauer und Intensität viel solider. Er erlaubt eine echte Kenntnis der anderen Kultur. Und es entstehen dauerhafte Kontakte ins andere Land.

duz Wo sehen Sie Verbesserungsbedarf für die DFH?

Laval Sie müsste noch mehr für ihre Bekanntheit tun. Und ich halte eine Öffnung über das Deutsch-Französische hinaus mit trinationalen Studiengängen für sinnvoll. Gut ist die Mobilitätshilfe von 270 Euro pro Monat während der Zeit an der Partnerhochschule. Das ist mehr als bei Erasmus.

→ Internet: www.gouvernement.fr/gouvernement/genevieve-fioraso/cabinet

Die Fragen stellte Birgit Holzer.

Obwohl in den Schulen beider Länder das Interesse an der Nachbarsprache zurückgehe, steigt die Nachfrage an den DFH-Programmen kontinuierlich, sagt DFH-Präsident Prof. Dr. Patrice Neau. „Der deutsch-französische Ministerrat sprach sich 2010 für eine Verdoppelung der Studentenzahl bis 2020 aus“, fügt er hinzu. Dafür wäre eine deutliche Aufstockung des derzeitigen Jahresbudgets von knapp zwölf Millionen Euro notwendig. Das Geld kommt zu gleichen Teilen aus Deutschland und Frankreich.

Über Absichtserklärungen für mehr Austausch hinaus hält sich vor allem die französische Seite mit konkreten Zusagen zurück. „Die Regierung verweist auf die Mittel, die sie in die Exzellenzinitiative der französischen Hochschulen gesteckt hat“, sagt HRK-Präsident Prof. Dr. Horst Hippler, der im Hochschulrat der DFH sitzt. Die Hochschulen könnten „die Ausweitung der Programme nicht aus dem eigenen Budget finanzieren“. Alternative Finanzierungsquellen aufzutun, sei jedoch schwierig. Die Wirtschaft, die eng vernetzt sei und die Doppelabschlüsse anerkenne, würde nur spezielle, sie besonders interessierende Bereiche unterstützen, vor allem die Ausbildung von Ingenieuren. „Aber es soll ja ein breiter kultureller Austausch gefördert werden und bei den Sozial- und Humanwissenschaften wäre es schwierig, Geldgeber zu finden“, sagt Hippler. Aufgrund der finanziellen Engpässe gilt die DFH auch aus Sicht der European

University Association (EUA) in Brüssel als wichtiger Motor der Kooperation in Europa, aber mit wenig Chancen auf baldige Nachahmer: „Angesichts der dramatischen Kürzungen an Hochschulen in vielen europäischen Ländern wäre Geld für neue binationale Hochschulen momentan wohl nicht durchsetzbar“, sagt EUA-Sprecherin Ulrike Reimann.

Birgit Holzer ist Journalistin in Paris.

Die DFH im Profil

Präsidentschaft

- Das Amt des Präsidenten besetzen Deutschland und Frankreich abwechselnd. Im Januar übernahm es der bisherige Vize-Präsident Prof. Dr. Patrice Neau.



Foto: DFH

Zahlen und Fakten:

- Die Deutsch-Französische Hochschule ist ein Netz aus 180 Partnereinrichtungen. Die DFH bietet 143 binationale und trinationale Studiengänge an. Derzeit zählt sie 5300 Studenten und 500 Doktoranden. Jährlich schließen rund 1000 Absolventen ihr Studium ab. Seit der Gründung im Jahr 1999 haben insgesamt rund 10 000 Absolventen ein DFH-Programm durchlaufen. Das Jahresbudget liegt bei 11,62 Millionen Euro, die sich Deutschland und Frankreich teilen. In den vergangenen beiden Jahren erhöhte sich das Budget: 2012 gab es 628 000 Euro zusätzliche Fördermittel, im Jahr 2011 insgesamt eine Million Euro.

duz

UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG

Am 22. Februar
kommt das neue:

MAGAZIN

Für Forscher und Wissenschaftsmanager

Themen unter anderem:

- Regeln, Richtlinien und Kodizes: Ist das der Preis für die Autonomie in der Hochschule?
- Karriere, Gehalt, Perspektiven: Warum Kanada ein Magnet für Forscher aus der ganzen Welt ist.

Nur die Besten für die Besten.

Jobware – Der Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte.

Beste Einstellungschancen.

Unternehmen schätzen die über Jobware eingehenden Bewerbungen besonders.

Täglich frische Anzeigen.

Alle bei Jobware angebotenen Positionen sind aktuell. Jede Bewerbung lohnt sich.

Auch Dotierungen über 80.000 Euro ...

... über 100.000 Euro, über 120.000 Euro – und natürlich auch Einstiegspositionen.



Logistikexperte

Entwicklungsingenieurin

Web-Designer

Laborleiterin